„mittelhandlung", neben dem Transportarbeiter der im Dienst ergraute Eisenbahner, neben dem Anilinarbeiter der Angestellte aus dem technischen Büro der AEG., neben dem Metallarbeiter der Kellner des „erstklassigen" Hotels, neben dem Erdarbeiter der Börsenunterrichtete, Papierflut regulierende Bankbeamte, neben dem Holzarbeiter de kaufmännische Angestellte des Magistrats, neben dem Maurer der untere einstmals „königlich-preußische" Staatsbeamte. Fürwahr, ein seltsamer Reigen und doch mußte es zwangsläufig so kommen; denn die Konzentration des Kapitals bedingt die Vernichtung der kleinen Existenzen „die Auflösung des Mittelstandes als selbstständige zwischen Großkapital und Proletariat stehende Klasse und das Kapital ist durch den fortschreitenden Zerfall seiner Ordnung zur Sicherung seines Profits gezwungen, auch seinen Beamten- und Angestelltenapparat zu mustern, um unnütze Fresser abzustoßen. Auf Grund dieser Tatsachen müssen nun auch diese Lohnarbeiter, von denen Viele sich der Zugehörigkeit zur besitzlosen Klasse schämen, den Moloch Kapital den fälligen Tribut zollen. Sie, die so manchmal die Nase rümpften über das „arbeitsscheue Gesindel" und sich bis ans Ende ihrer Tage im sicheren Hafen wähnten, sie werden nun wie zum Hohn vom Sturm der Geschichte aus ihrem kleinbürgerlichen Idyll auf den sumpfigen, Hungertod gebärenden Grund dieser Gesellschaftsordnung geschleudert. So bilden die Millionen der aus dem Produktionsprozeß Geworfenen ihrer Zusammensetzung nach heute ein wogendes Durcheinander.

Die mannigfaltigen sozialen Funktionen, welche die Menschen im Wirtschaftsleben ausüben, sind die Grundlage ihrer verschiedenen Einstellungen gegenüber den gesellschaftlichen Problemen. Diese von den herrschenden Zuständen in den Köpfen erzeugten Anschauungen finden ihren Niederschlag in den verschiedensten politischen und kulturellen Strömungen. Das kommt natürlich auch bei den Erwerbslosen zum Ausdruck. Da sie ja dem sozialen Abgrund am nächsten stehen, greifen sie nach jedem Strohhalm, um sich vor dem Sturz in die Tiefe zu retten. Doch nicht alle fühlen den instinktiven Drang in sich, ihr Schicksal gemeinsam irgendwie zu verwenden. Während die einen noch betäubt von der Wucht des Zusammenbruchs in der Erinnerung an ihr soeben grausam zerstörtes „sonniges" Dasein dahinträumen und die Größe der ihrer harrenden Gefahren noch gar nicht erkennen; — wanken die anderen bereits am letzten Meilensteine vorbei zum großen Klassenfriedhof, geistig und physisch absterbend, ein Schatten ihrer selbst, stumme Zeugen kapitalistischer Brutalität! Wieder andere suchen auf individuelle Weise der Bourgeoisie das zu entreißen, was ihnen zum Leben vorenthalten wird. Aber bei einem gewichtigen Teil der Erwerbslosen ist ohne Zweifel das Bestreben zu verzeichnen, gemeinschaftlich den drohenden Massenhungertod abzuwehren.

Es werden auf dem Stempelmarkt verschiedene Wege und Mittel angepriesen, die aus kapitalistischer Nacht zum hellen Morgen führen sollen. Da sind zum Beispiel die auf manchen Stempelstellen sehr rührigen Apostel des „Reiches der Hingabe", die „Naturmenschen". Diese Lockenpriester sehen das Heil darin, daß die Menschen sämtlicher Kultur entsagen und wieder zur „Natur zurückkehren" sollen. Das bedeutet also, daß der Mensch des 20. Jahrhunderts wieder in einen Höhlenbewohner grauer Vorzeit zurückverwandelt werden soll. Die geschichtliche Entwicklung soll also um Jahrmillionen zurückgeschraubt werden. Das ist natürlich kompletter Blödsinn. Man könnte ebenso gut verlangen, daß ein Kind wieder in den Mutterleib zurückkehren soll. Die Proletarier haben wirklich keine Ursache, auch nur mit einer Wimper zu zucken, wenn diese geistig armen zermalmt werden bei dem Versuch, das Rad der Geschichte zurück zu drehen; denn für den Sturz des Alten und dem Aufbau eines Neuen kommen solche Jesusgreifer nicht in Frage.

Auch Anarchisten werben auf dem Nachweis für ihre Sache. Sie zerfallen bekanntlich in mehrere Schattierungen. Was sie wollen? „Herrschaftslosigkeit, „neue" Menschen, Föderalismus, keine Gewalt, usw.". Sie predigen das nun schon einige Jahrzehnte lang. Wenn sie erkennen würden, daß der Charakter des proletarischen Befreiungskampfes abhängig ist von den gesellschaftlichen Verhältnissen, und daß der Kapitalismus in seinem Schoße bereits die Bedingungen einer neuen höheren Ordnung erzeugt, — dann würde ihnen bereits auch zum Bewußtsein kommen, daß sie immer noch an der Stelle stehen, wo ihre Urgroßväter tot hingesunken sind. — Von einer Propaganda der Gewerkschaften und „völkerbefreienden" Sozialdemokratie unter den Arbeitslosen ist fast nichts zu spüren. Sehr erklärlich. Man kann ihnen wirklich nicht zumuten, in die sumpfigen Niederungen dieser Gesellschaft hinab zu steigen; denn sie treiben nur „hohe" Politik zum „Wohl" der Allgemeinheit. Sie stimmen für Gesetze („Ermächtigungsgesetz") und lehnen dann die Verantwortung für die Handhabung derselben ab. Die Arbeiter können ja sehen, wie sie damit fertig werden. Mit allen ihren Fasern im kapitalsitischen System wurzelnd, werden sie immer Front machen gegen Jene, die bewußt den Sturz dieser „Ordnung" wollen. Die SPD. verlangt von den Proleten nur, daß sie zur gegebenen Zeit den richtigen Stimmzettel in die Urne werfen. Im übrigen werden die „Volksvertreter" und „zuständigen" Gewerkschaften schon „rausholen, was rauszuholen ist". Dies sind die Amsterdamer.

Im Gegensatz zu diesen sind die Anhänger der Moskauer Internationale äußerst rührig. Hinter ihnen steht zahlenmäßig der größte Prozentsatz des politisch regsamen Teils der Erwerbslosen. Das kommt einerseits daher, weil viele Proletarier immer noch glauben, daß das Rußland von 1924 noch dasselbe ist wie dasjenige vom Oktober 1917. Andererseits knüpft ja die KPD. bekanntlich an die Illusionen der Masse an, um sie, ohne daß sie es merken, in die Revolution zu führen. Der Angelpunkt der offiziellen Politik der deutschen Sektion ist, die Tagesnöte zu lindern, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, kurz: die Auswirkungen des Profitsystems zu bekämpfen. Hin und wieder spricht man auch mal von einer Diktatur „aller Werktätigen". Ganz zu schweigen von der „Rettung der deutschen Nation" und der Arbeiter- und Bauernregierung. Bei den Arbeitslosen hat es der KPD. besonders der Paragraph 9 der Erwerbslosenfürsorge angetan. Dieser Paragraph sieht bekanntlich vor, daß Unterstützungsempfänger zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden können. Gegen solche „Zwangsarbeit" ruft die KPD. die Arbeitslosen zum Kampf auf. Es ist selbstverständlich keine angenehme Sache, für die Unterstützung Schnee zu schippen. Ist aber der Paragraph 9 geeignet, eine Grundlage zu bilden für eine zielbewußte proletarische Bewegung? Die Proletarier müssen sich erstmal vor Augen halten, daß im kapitalistischen Staate jeder Besitzlose gezwungen ist, seine Ware Arbeitskraft an seinen Todfeind zu verkaufen, um leben zu können. Also wäre, objektiv gesehen, jede Lohnarbeit schon eine „Zwangsarbeit". Weiter ist zu beachten, daß sich der Kapitalismus doch in seiner Todeskrise befindet. Und je mehr sich diese verschärft, desto weniger kann das Kapital sich den Luxus gestatten, den Opfern seiner Profitsucht noch Geld für Nichtstun in den Rachen zu werfen. Deswegen muß die herrschende Klasse dazu übergehen, die Zahlung der Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen: Das Kapital bleibt damit nur seinem ureigenen Wesen treu; denn Menschlichkeit und Gerechtigkeit gibt es nicht im Klassenstaate. Der Paragraph 9 ist also nur eine der vielen Auswirkungen des fortschreitenden Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Und diese Auswirkungen sind eben nicht zu beseitigen, wenn ihre Wurzeln — das System — erhalten bleiben. Der Kampf der KPD. gegen diesen Paragraphen ist deshalb nur geeignet, in den Massen die Illusion zu nähren, daß diese morsche Gesellschaftsordnung noch zu reparieren wäre und Revolution eigentlich überflüssig sei. Die nackten Tatsachen werden auch dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß ohnmächtige Bezirksparlamente irgendwelche Beschlüsse annehmen, deren Durchführung eben an den Profitinteressen der herrschenden Klasse scheitern muß. Die Arbeitslosen würden sich in einem verhängnisvollen Kreislauf bewegen, denn anstelle des Paragraphen 9 würde ein solcher Nr. 18 oder 36 treten. Es ginge ihnen dann so wie dem Drachentöter, welcher der Hydra immerfort Köpfe abschlagen mußte, weil dieselben immer wieder nachwuchsen.

Auf Grund dieser Zusammenhänge ist es für die Arbeitslosen mit ihren „radikalen" Ausschüssen unmöglich, all die schönen Forderungen durchzusetzen. Diese bekannten Waschzettel enthüllen ja immer allerhand; wie Heizungsmaterial, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Wirtschaftsbeihilfen, Unterbringung im Produktionsprozeß usw. Jetzt ist es davon merkwürdig still geworden; ob aus Erkenntnis oder um sich nicht der Lächerlichkeit preiszugeben, sei dahingestellt.

Doch halt, es ist wenigstens einigermaßen Ersatz dafür geschaffen. Da sind nämlich die Suppenanstalten der „I. A. H.". Sie sind das Paradestück der KPD. gegenüber den Erwerbslosen. Auf solch einen schlauen Gedanken sind noch nicht mal die Sozialdemokraten der 2. Internationale gekommen. Worin besteht denn nun der Wert dieser Massenspeisung? In einer Arbeitslosenversammlung in H. beklagte sich mal ein KPD.-Redner bitter darüber, daß das Bezirksamt Nummer soundso keinen Wagen zum Essentransport zur Verfügung stellen wolle; er verstehe diese Handlungsweise nicht, denn **„die Speisung durch die I. A. H. liege doch im Interesse der Kommune!"** Ergo —?! Dieser Zeitgenosse hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Es ist wirklich Jacke wie Hose, ob die amerikanischen Quäker oder die Heilsarmee, ob die Butterhandlung Ackermann oder die sogenannte Arbeiterhilfe etwas verschenkt; denn mit Klassenkampf hat das nichts zu tun. Gewiß tut Hunger weh; aber die nach Revolution schreienden Verhältnisse verlangen ein Proletariat, welches — unbekümmert um das Hungersterben Tausender — mit eiserner Entschlossenheit darangeht, sich zum Herrn seines Geschicks aufzuwerfen. Und Wohltätigkeit ist nur dazu angetan, den sozialen Druck abzuschwächen, die Klassengegensätze zu verschleiern und wirkt somit lähmend auf die Herausarbeitung proletarischen Klassenwillens. Auch die Massenspeisungen der 3. Internationale wirken trotz aller Beschönigung in dieser Richtung auf das deutsche Proletariat ein.

Gegenüber diesen reaktionären und reformistischen Strömungen unter den Erwerbslosen haben die revolutionären klassenbewußten Arbeiter die Pflicht die Grundsätze des rücksichtslosesten Klassenkampfes zu propagieren, den arbeitslosen wie den arbeitenden Proletariern ihre ureigensten Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen. Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus sich fortlaufend steigert und nur der gewaltsame Sturz der bestehenden Ordnung, die proletarische Revolution der einzige Ausweg ist. Aber die Arbeitermassen müssen ihren Befreiungskampf selbst durchführen. Wenn auch der Kommunismus die geschichtlich bedingte Auflösung des Kapitalismus ist, so fällt er nicht als reife Frucht den Massen in den Schoß. Nur wenn die Proletarier mit ihren Hirnen und Leibern die neue Welt erkämpfen, werden sie nicht in Barbarei versinken. Sie können aber ihrem wohlorganisierten Klassenfand nicht in Atome zersplittert entgegen treten; die fortgeschrittensten unter ihnen müssen sich zusammenschließen als Klaue, um die proletarischen Kräfte zu vervielfachen.

Aus den Kämpfen und Erfahrungen der letzten fünf Jahre müssen die Lohnsklaven, ob arbeitslos oder nicht, endlich die Lehre ziehen, daß ihre gewerkschaftlichen und parlamentarischen Organisationen den Bedingungen des revolutionären Klassenkampfes nicht mehr entsprechen, sondern daß sie Bollwerke der Konterrevolution sind. Diese ihre „bewährten" Organisationen wurzeln mit ihrem ganzen Wesen noch in der vorrevolutionären Epoche, wo der Kapitalismus seinem Gipfel zueilte. Damals war es teilweise möglich mit Hilfe des bürgerlichen Parlamentarismus und der beruflich gegliederten Gewerkschaften Verbesserungen der Lebenslage zu erringen und Verschlechterungen abzuwehren. Heute jedoch befindet sich das Kapital auf der absteigenden Linie und kann seine Herrschaft nur noch aufrecht erhalten durch immer weitere Versklavung der Arbeiterklasse. In diesem Stadium ist der Kampf gegen die Auswirkungen der Profitordnung ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Heute geht es nicht um eine parlamentarische Scheinmacht, Arbeitsgemeinschaft und Berufsinteressen, sondern um das Leben der proletarischen Klasse, um den Sturz des Profitsystems, um die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, um die Aufrichtung der eisernen revolutionären Diktatur! Und deshalb sind die in ihrem Wesen erstarrten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Gebilde keine Klassenkampforganisationen mehr, sondern Fesseln proletarischer Selbstbewußtseinsentwicklung und Stützen der herrschenden Klasse, welche zertrümmert werden müssen. Anstatt dauernd über Verrat zu schreien, müssen die Proletarier solcher Organisationen sich doch einmal fragen, was sie selbst denn eigentlich wollen; denn die Mitglieder einer Organisation sind verantwortlich für die Politik derselben; auch diejenigen, welche vor lauter Opposition gar nicht mehr geradeaus sehen können. Und wer eben All und Jedes durch seine Mitgliedschaft deckt, hat gar kein Recht „Verrat" zu brüllen. Diese Dinge gilt es zu erkennen und in Konsequenz dessen mit aller Rücksichtslosigkeit zu bekämpfen. Heute, wo die Arbeitermassen durch die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien noch geistig und organisatorisch an ihren Klassenfeind gekettet sind ist die Sprengung dieser selbstgeschmiedeten Fesseln und die Schaffung von Organisationen, welche nur dem proletarischen Klasseninteresse gehorchen, eine revolutionäre Pflicht.

Es ist hohe Zeit, daß die Lohnsklaven sich durchringen zu zielbewußter proletarischer Klassenpolitik, da der fortschreitende Zusammenbruch durch nichts mehr aufzuhalten ist. Nur ein Proletariat, welches aus den geschichtlichen Erkenntnissen heraus die praktischen Schlußfolgerungen für seinen Befreiungskampf zieht, wird trotz manchem Rückschlags imstande sein, diesen Stempelmarkt als Dauereinrichtung der kapitalistischen Unordnung zu beseitigen, und dafür den Kommunismus als wirkliche Ordnung aufzurichten.

Ausland

England

Die Bedingungen der Arbeiterregierung zur Anerkennung Sowjetrußlands.

Die Regierung Macdonalds hat zwar formell rechtlich die russische Sowjetrepublik anerkannt. Dies ist aber noch nicht vollendet, ehe nicht nachfolgende Bedingungen erfüllt worden sind. England verlangt:

1. daß die Sowjetregierung die Schuldforderungen (Anleihen) der Ausländer und ihrer früheren (vorkriegszeitlichen) Eigentumsrechte voll anerkennt.
2. daß sie Handelsgerichte einsetzt, die den Verträgen der Ausländer Rechtsgeltung verschaffen;
3. daß den Ausländern das Recht gewährt wird, in Rußland freien Handel zu treiben, ohne dazu angehalten zu werden, sich um die staatlichen Unternehmungen (Staatstruste und Monopole) zu kümmern.

Außerdem sollte von seiten der Sowjetregierung auf jede Propaganda kommunistischer Ideen in England Verzicht geleistet werden, was immerhin für die Anhänger der 3. Internationale ein gewisses Dilemma bedeutet.

„Le Temps", eine Pariser bürgerliche Tageszeitung, bemerkt hierzu aus unterrichteten Kreisen, daß man kaum glaube, daß die Sowjetregierung die Absicht habe, diese Bedingungen zu erfüllen. Hieraus geht deutlich hervor, daß die Arbeiterregierung zurzeit nur darum in Amt und Würden ist, um die Geschäfte der internationalen Bourgeoisie und die der englischen im besonderen besser zu besorgen.

Auch die innerpolitische Tätigkeit dieses „Arbeiterkabinetts" ist nur dazu angetan, allein der Unterstützung und den Interessen der englischen Bourgeoisie zu dienen. General Thomson, der Kriegsminister, soll nach der „Times" der Frage des Ausbaus der englischen Luftflotte im Hinblick auf Frankreichs gewaltige Luftmacht durchaus sympathisch gegenüberstehen. Vor 15 Jahren brauchte der britische Imperialismus eine starke Seemacht, und er erhielt sie. Jetzt braucht er eine große Luftflotte. General Thomson und Lord Chlemsford, der Marineminister im Arbeiterkabinett werden dieses wirkliche „Bomben"-Programm durchdrücken. Diese Minister fühlen sich eben einfach als Vertreter des Militarismus und Imperialismus in der „Arbeiterregierung" zum Schutze der mächtigsten Stellungen der Bourgeoisie. Eine starke Luftflotte ist für zweierlei gut; (wie die kommunistische Zeitung „Workers Weekly" Arbeiterwochenblatt schreibt) sowohl zu einem Krieg mit Frankreich, als auch zu einem Krieg mit der englischen Arbeiterklasse. Die Luftstreikräfte sind die stärkste konterrevolutionäre Macht im Lande. Die Agenten der englischen Konterrevolution sitzen also mitten in der „königlichen" Arbeiterregierung.

Auch Keime einer faschistischen Bewegung machen sich bereits in England bemerkbar, worauf der sozialistische „Daily Herald" im August v. J. schon hinwies, daß es sich um eine illegale zentrale militärische Organisation handelte zur Zertrümmerung der Arbeiterbewegung, besonders bei Streikdrohungen usw. Diese faschistischen Kräfte boten schon beim Streik der Lokomotivführer und Heizer der Regierung ihre Unterstützung an, um die Lebensmittelversorgung zu sichern und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Da gewisse Politiker und Zeitungen erklärt haben, daß der Faschismus etwas Gutes ist, nimmt es schließlich kein Wunder, wenn sich die kleine faschistische Partei bereits der wohlwollenden Sympathie der Bourgeoisie erfreut.

Oesterreich

Abbau des Achtstundentages

Die Wiener „Arbeiterzeitung" meldet, daß in Oesterreich die Kapitalisten, allen voran die Schwerindustrie, drauf und dran sind, das Achtstundengesetz zu beseitigen. Der siegreichen Offensive gegen die Sachgüter soll die gegen die lebendige Arbeiterschaft folgen, wie das auch in Deutschland der Fall ist. So hat u. a. die Alpine Montangesellschaft in Steiermark, der dem Stinneskonzern angegliederte größte Eisenhüttenbetrieb Oesterreichs, beschlossen, den Achtstundentag für ihre Arbeiter aufzuheben. Die Methode, nach der dabei verfahren wird, ist ungefähr dieselbe wie in Deutschland. Zunächst werden einige Werke in der Steiermark wegen Unrentabilität stillgelegt und die Arbeiterschaft auf Hungerrationen gesetzt. Bei anderen Werken wird die Produktion eingeschränkt und Kurzarbeit eingeführt. Die Alpine Montangesellschaft erklärt einfach, sie ist in Not und könne bei achtstündiger Arbeitszeit den Wettbewerb mit dem Auslande nicht aushalten, trotzdem sie inzwischen Kartellverträge mit ausländischen Werken, so z. B. den tschechischen Eisenwerken, abgeschlossen hat, um die Absatzgebiete abzugrenzen.

Nach der Durchlöcherung des Achtstundentages in Deutschland will das Kapital nun überall sein Heil mit eben solchen Maßnahmen gegen das Proletariat versuchen.

Nordamerika

Die ökonomische Krise

Auch in den Vereinigten Staaten beginnt sich die Weltwirtschaftskrise bemerkbar zu machen. So wird folgendes gemeldet:

In New Bedfort, Staat Massachuseto, ist eine Anzahl Textilfabrikanten dabei, verkürzte Arbeitszeit einzuführen, während ein Teil der Fabriken bereits geschlossen wurde. Die Krise, unter der die Textilarbeiter Neu-Englands schon mehr als 3 Monate leiden, hat sich auf das Schuh-Industrie-Zentrum von Brockton ausgedehnt. Die größten Fabriken dieses Zentrums sind geschlossen worden, andere haben die Arbeitszeit auf 3 halbe Tage wöchentlich eingeschränkt, so daß in Brockton und Umgebung gegenwärtig 2 bis 3 kleine Fabriken voll arbeiten lassen.

In der Filmindustrie hat ebenfalls eine große Zahl von Fabriken seit 10 Wochen mit der Arbeit aufhören lassen. Infolgedessen sind 10 000 Erwerbslose hierdurch entstanden. In New York gibt es gegenwärtig in dieser Industrie fast ebensoviel Erwerblose wie bei der Krise des Jahres 1920. Ebenso wurden Produktionseinschränkungen in der Petroleumindustrie und im Bergbau (Texas) vorgenommen. Dasselbe ist der Fall in den Bergwerks-Kohlenbezirken der Staaten Illinois und Indiana, wo die Produktion teilweise bis zu 40 Prozent der Gesamtmenge eingeschränkt worden ist und höchstens noch 1—2 Schichten verfahren werden dürfen. Andererseits ist die Beschäftigung in den Kohlenbergwerken von West-Virginia und Kentucky sehr gut, weil es den Bergwerkunternehmern dieser Gebiete gelungen ist, die Löhne der morganisierten Bergarbeiter um 20—25 Prozent herabzusetzen. Infolgedessen können diese Unternehmen ihre Kohlen zu bedeutend billigeren Preisen auf den Markt werfen wie die Grubenbesitzer von Illinois und Indiana. In den letztgenannten Staaten sind die Bergarbeiter gut organisiert und verlangen dementsprechende tarifmäßige Entlohnung. — Auch im Transportgewerbe wird ein langsamer Abbau vorgenommen.

Ein New Yorker Korrespondent berichtet im Organ des englischen Seemanns- und Heizerverbandes, daß eine ganze Anzahl Arbeiter, die im Frühling nach Nordamerika ausgewandert sind, infolge der jetzt dort herrschenden schlechten wirtschaftlichen Lage nach ihrem Heimatlande zurückkehren wollen.

Im übrigen macht sich der Mangel an Absatzgebieten für Weizen in katastrophaler Weise bei den amerikanischen Farmern bemerkbar. Diese Farmer müssen ihre Ware zum Teil unter dem Selbstkostenpreis verschleudern. Patriotische Bürger haben kürzlich vorgeschlagen, daß jeder gute Patriot **täglich eine Butterstulle mehr** essen sollen. Glückliches Amerika!

Achtung! Pressekommission!

Achtung! An die Mitglieder der Pressekommission!

Die Sitzung der Pressekommission findet bis auf weiteres nicht mehr in dem bisherigen Lokal statt. Einladungen zur nächsten Sitzung erfolgen schriftlich.

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch, Sammelt für den Pressefond.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 16, Jahrgang 5 | Februar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Deutschland — eine Kolonie!

In der Quasselbude, dem Haus des Volkes, dem Reichstag der „demokratischen" Republik versammeln sich alle Groß- und Kleinbürger, um nach ihrer Meinung hohe Politik zu machen. Um die Auflösung und den Ausnahmezustand soll es gehen.

Während der Demokrat Seeckt und der Sozialdemokrat Ebert durch ihren Briefwechsel dem großen Lümmel Volk Sand in die Augen zu streuen versuchten mit der Lockspeise: Aufhebung des Belagerungszustandes, ist längst die Entscheidung gefallen. Die Entscheidung darüber, daß wohl dem Schein nach die Militärdiktatur, da, wo die Ausbeuterruhe und Ordnung herrscht, der Zivilgewalt übertragen werden soll; doch, wo man noch nicht sicher ist, das die verhungernden Proleten sich ohne viel Aufhebens in ihr Schicksal fügen, um zur höheren Ehre ihrer Republik stillschweigend zu verrecken, wird man nach wie vor die sich so bewährten „Ordnungshüter" an der Stelle lassen, wo sie von dem Sozialdemokraten Ebert hingestellt worden sind.

Während in dem Hypodrom am Königsplatz die Mäuler schäumen, um ihren getreuen Stimmvieh zu beweisen, daß alles viel anders, viel besser sein würde, wenn man zahlreicher in dem „hohen" Haus vertreten wäre oder vielleicht die Mehrheit hätte, geht die geschichtliche Entwicklung der Zerreißung der deutschen Republik ihren ehernen Gang unbeschadet des Kläffens der gesamten demokratischen und monarchistischen Meute.

Die Sachverständigenkommission, die recht lange auf ihren versprochenen Bericht warten läßt, hat jetzt die Vorarbeiten für denselben soweit fertiggestellt, daß der „New Yorker Herald" schon glaubt folgendes veröffentlichen zu können: „Die Arbeit der Sachverständigen tritt nunmehr in ein kritisches Stadium, da die Schlußredaktion des Berichts vorzunehmen sei. Die Beschlüsse sollen folgendermaßen lauten:

1. **Die Sachverständigen wollen einen vollkommenen Plan der Reorganisierung Deutschlands vorlegen,** der entweder vollständig angenommen oder abgelehnt werden müsse. Mit anderen Worten, der Bericht werde hinfällig, falls die Reparationskommission sich von politischen Erwägungen leiten lasse, da es unmöglich sei, daß sie einzelne Anregungen ablehne oder annähme.

2. Da der Reparationsplan der Sachverständigen nur auf völlig praktische Grundsätze aufgebaut sei, müsse sich Frankreich darüber klar werden, ob es auf die Ausübung eines politischen Druckes, wie die Abtrennung des Ruhrgebietes usw., verzichten wolle oder nicht.

3. **Obwohl der Plan der Sachverständigen von Deutschland Opfer verlange, insbesondere erhöhte Steuern, und „in gewissem Sinne" eine internationale Finanzkontrolle über Deutschland einsetze, müsse sich auch Deutschland darüber klar werden, ob es den Plan der Sachverständigen annehmen wolle oder nicht.**

Die Sachverständigen hätten zunächst ein deutsches Budget für drei Jahre aufgestellt und schlügen neue Steuern vor, wenngleich sie andere Steuern in Deutschland zu hoch erklärten. Einen finanziellen Diktator, wie ihn Oesterreich habe und wie ihn Ungarn erhalten würde, lehnten sie für Deutschland ab."

Wie groß auch die Empörung aller echten „Teutschen" sein möge, ändern wird es an dem Lauf der Dinge nichts. Mit unerbittlicher Konsequenz wird die Reparationskommission auf die Zahlungen bestehen müssen und Frankreich wird bei seinem finanziellen Zusammenbruch mit immer größerem Druck auf die Eintreibung alles dessen drängen, was ihm die demokratische Republik verweigerte.

Die internationale Finanzkontrolle wird aus der Republik eine Kolonie machen und das deutsche Proletariat, soweit es im Produktionsapparat noch gebraucht wird, darf die Rolle des chinesischen Kulis für den Sklavenhalter, die deutsche Bourgeoisie, übernehmen. Die Steuern und Abgaben, die zur Sanierung des Haushalts notwendig sind, werden sich verdoppeln und verdreifachen und aus dem abgemergelten Körper des so geduldigen Michels herausgeschunden werden.

Das Hungersterben, die Schwindsucht werden ungeahnte Opfer fordern und alle die von diesem Elend leben und durch diesem Vernichtungskrieg ihr von Gott gewolltes Parasitendasein führen, werden sich euch, Proletariern, wieder nähern und mit der Miene des Arztes erklären, **ruhig bleiben und stillhalten**, sonst wird es noch schlimmer.

Die ganze Meute wird sich um eure Gunst bemühen und versuchen mit schönen Reden und netten Worten eure Sinne zu benebeln, daß ihr ihnen wieder Glauben schenken sollt. Völkerbund und Völkerversöhnung sollen für euch, Proletarier, das erstrebenswerte Ziel sein. Da man an euren Glauben schon keinen großen Zweifel mehr hegt, so läßt man wohl auch außen der Welt wissen, daß man für die Abrüstung ist, doch da es der böse Nachbar nicht tut, kann man doch auch nicht so, also rüstet man. So rüstet die ganze kapitalistische Welt. So rüstet man, um die sicher kommenden Sklavenaufstände mit allen modernen Kampfmitteln im Blute ersticken zu können. So rüstet man, um dann, wenn keine Möglichkeit des friedlichen Warenaustauschs mehr gegeben ist und die Konkurrenz der Nachbarnation für den Profit der einheimischen Bourgeoisie eine ständig wachsende Gefahr darstellt, den Kampf von neuem um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt aufnehmen zu können.

Möglich wird dies nur sein, Proletarier, wenn ihr nach wie vor beharrlich eure Augen schließt vor den nackten Tatsachen und sie nicht sehen wollt. Wenn ihr euch stets durch Aeußerlichkeiten abhalten läßt den Kern der Sache, eurer eigenen Sache, die Befreiung vom kapitalistischen Joch, zu erkennen.

In dem bayerischen Saustall führt man euch jetzt die Komödie vor, in der die Schweißhunde des Kapitals verurteilt werden sollen. Nur, weil sie sich zu weit vorgewagt haben, wird jetzt dieses Possentheater aufgeführt und ehrenvolle kurzfristige Festungshaft wird bestätigen, daß man sich ihrer gern bedienen wird, wenn es wieder brenzlich werden sollte. Vorläufig glaubt das Kapital noch seinen Weg der Vernichtung von Millionen ohne diese Meute vermittels der demokratischen Staatsmaschinerie, gehen zu können. Auch haben ja die Sondergerichte den Beweis erbracht, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind. Einer Aufgabe, die darin bestand, jeden Proletarier, der nicht freiwillig verrecken will und sich etwas besorgte, auf Jahre hinans in das Haus zu bringen, wo er „geheilt" an Leib und Seele, dermaleinst wieder entlassen wird, falls ihn nicht vorher die Kräfte verlassen haben und er „krepiert" ist. Dieses, Proletarier, ist der Weg, den das Kapital euch zwingen muß, zu gehen, um selbst mit seiner Profitordnung leben zu können.

Dieses, Proletarier, ist aber auch der Weg, den die Gewerkschaften und Parlamentarier aller Schattierungen euch vorschreiben, zu gehen. Nur tun es letztere nicht os offen, damit ihr es nicht merkt. Die Gewerkschaften als Besitzer des Monopols über den Handel mit der Ware Arbeitskraft müssen und wollen ja auch — und tun es ja auch täglich — den Weg des kapitalistischen Wiederaufbauf gehen.

Die Parlamentarier aller Richtungen sind auf die Verfassung eingestellt und haben sich trotz aller radikalen Beteuerungen a l l e an dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes beteiligt. Längst dem Proletariat entwachsen, stellen sie klassenfremde — klassenfeindliche Elemente dar und werden euch in dem immer riesiger sich auswachsenden Zuchthausstaat ihre Position versuchen zu halten.

A l l e werden sie in der großen Kolonie die Aufgabe erfüllen, die ihnen von dem Kapital gestellt wird, die Aufgabe, die darin besteht, jeder für seine Schichtung innerhalb der Bevölkerung der ausgleichende Faktor zu sein, damit nicht die Empörung zur Erkenntnis führt und diese sich in Tatsolidarität formt und dem ganzen gewerkschaftlichen und parlamentarischen Budenzauber den Garaus macht. Die Tatsolidarität, fußend auf den Betrieben, kann und wird dann auch nicht halt machen vor der Kolonie, deutsche Republik genannt, sondern muß und wird mit dem Feldgeschrei der proletarischen Revolution Rätedeutschland errichten und dadurch den Anstoß und Auftakt zum wahren internationalen Klassenkampf gegeben haben.

Dieses, deutsches Proletariat, ist deine eigene ureigenste Angelegenheit und einzigste Lebensmöglichkeit.

Dieses mußt du, deutsches Proletariat, erkennen, soll nicht dein Golgathaweg ein unendlich qualvoller werden. Besinnt euch, Proletarier, auf eure ungeheure Mehrzahl und der aus ihr quellenden Kraft, erkennt die Zeichen der Zeit und zertrümmert alle alten Gebilde und schafft euch neue Kampfesformen, um siegen zu können.

Ehern und klar klingt der Ruf der Geschichte:

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!
Alle Macht den Räten!

Die nahende Ernährungskatastrophe

Die Preisbewegung für die Lebenshaltung hat die tiefste Kurve überschritten. Die Inflation hat eingesetzt und kürzt die Löhne von Woche zu Woche. In der Woche vom 4. bis 11. Februar fielen die Kleinhandelspreise (nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes) noch um 1 Prozent, während die Großhandelspreise schon um reichlich 1,5 Prozent stiegen. In der folgenden Woche — vom 12. bis 19. Februar stiegen notwendig auch schon die Kleinhandelspreise. Die Steigerung betrug 1 Prozent für den Lebenshaltungsdurchschnitt. Die Preise für den direkten Lebensunterhalt des Proletariers stiegen bedeuetnd mehr. Am 11. Februar kosteten z. B. im Berliner Kleinhandel Kartoffeln und Gemüse 3,8, Fleisch 5,9, Milch und Eier 7, Heiz- und Leuchtmittel 5,5 Proz. mehr als am 4. Februar.

Für die direkten Lebensmittel macht die Preissteigerung (immer nach den sehr anfechtbaren Berechnungen des Statistischen Reichsamtes) 3 Prozent aus. Für Inlandswaren — im Durchschnitt für Lebensbedürfnisse — an sich beträgt die Preissteigerung 2 Prozent, für Einfuhrwaren 1 Prozent. Industriestoffe, Kohle, Eisen blieben noch fast unverändert. Die Preisaufwärtsbewegung nur in dem jetzigen mäßigen Tempo und die jetzt von Monat zu Monat steigenden Mietpreise bedeuten für die Zukunft einen laufenden Lohnabbau. Die sinkenden Löhne und steigenden Preise müssen notwendig die industriellen Grundstoffe im Preise nach sich ziehen und die Inflationskatastrophe im Gefolge haben oder die direkte Ernährungskatastrophe mit einem Massensterben.

Die Ernährungsmöglichkeiten aus der Inlandsproduktion sind in den letzten Jahren gesunken. Die Anbaufläche ist verkleinert, die landwirtschaftliche Produktion ist nicht mehr so intensiv wie in den letzten Jahren der Vorkriegszeit. Der Kartoffelanbau — des wichtigsten Lebensmittels für Proletarier — ging trotz der vermehrten Bevölkerungszahl rapid zurück. Die Zusammenstellung für die jetzt zu Deutschland gehörende Fläche zeigt folgendes Bild:

Produktion im heutigen	1913	1922	1923
Deutschland	440 178 582	406 653 600	325 799 300
Einfuhr	3 820 586	1 676 019	1 740 222
Ausfuhr	3 312 987	671 642	202 092

Das macht einen Minderverbrauch von 35 Millionen Doppelzentner oder 23 Prozent. Die katastrophale Unterernährung kann man erst recht ermessen, wenn man in Betracht zieht, daß die Proletarier sich infolge der verminderten Löhne in größerem Ausmaße aus den teueren Lebensmitteln in die Kartoffel zurückgezogen haben. Hunderttausende Erwerbslose leben fast nur von Kartoffeln. Für den Fleischkonsum liegt ein umfassendes statistisches Material nicht vor. Immerhin Anhaltspunkte. Im Januar 1924 kamen auf die 36 bedeutendsten Schlachtviehmärkte an lebenden Rindvieh:

	Januar 1924	Januar 1923
Rinder	95 212	125 282
Kälber	78 765	73 479
Schafe	50 303	59 177
Schweine	259 123	196 506

Diese, die größten Märkte, beliefern in entscheidendem Maße das ganze Reichsgebiet, da die kleinen bedeutend verloren haben. Der Auftrieb war im Januar viel stärker als normal. Die Landwirtschaft hätte in der Inflationsperiode wenig verkauft und benötigte Geld zur Steuerzahlung und für die kommende Landbestellung. Trotzdem ist der Umsatz gegen 1923 noch bedeutend gesunken. Der vergrößerte Schweineauftrieb macht nur einen Teil des Ausfalles der Rinder wett. Man muß auf ein Rind im Durchschnitt 450 Kilo rechnen, auf ein Schwein dagegen werden nicht mehr kommen als 75 Kilo, da der Zwang zum Verkauf weniger fette Schweine auf den Markt trieb. Eine Beobachtung der Fleischgeschäfte bringt auch dem Laien dafür den Beweis. Für diese 36 Märkte beträgt der Minderumsatz gegen das Vorjahr demnach allein schon rund 260 000 Doppelzentner Fleisch. Das angetriebene Vieh ist aber keineswegs voll in den Konsum gewandert, sondern zum größeren Teile als sonst in die Konserven- und Wurstfabriken für Dauerware.

Alles in allem bedeutet das eine kommende Ernährungskatastrophe. Die Agrarier sehen das voraus und beginnen ihre Maßnahmen. Der Reichswirtschaftsminister hat ihnen schon die verlangten Schutzzölle zugesagt. Das Agrarkapital hat durch seine Rentenmarkkredite die Schlinge an der Gurgel der Republik bzw. deren Konkursverwalter. Den Ruf nach den Schutzzöllen unterstützen auch die Spitzenverbände des Garten- und Gemüsebaues. In einer am 16. Februar stattgefundenen Kundgebung derselben verlangten sie Schutzzölle auf Obst und Gemüse, da infolge der Steuerbelastung und des Verbrauchsrückganges hunderte Betriebe vor dem Zusammenbruch ständen. Deutsche Schutzzölle auf Agrarprodukte aber ziehen Sperrmaßnahmen für deutsche Industrieprodukte des Auslandskapitals nach sich. Durch keinen auch noch so großen Lohnabbau wird es der deutschen Industrie möglich sein, in den Weltmarkt zu dringen. Daß die Ernährung keine großen Kürzungen mehr erträgt, beweist die folgende Tabelle. Der Verbrauch an wichtigen Artikeln, pro Kopf und Jahr berechnet, betrug in Deutschland (einschließlich des gewerblichen und tierischen Verbrauchs):

	1913	jetzt
Fleisch	43,15 kg	26,71 kg
Roggen	153,1 kg	91,9 kg
Weizen und Spelz	95,8 kg	47,6 kg
Gerste	108,0 kg	30,0 kg
Kartoffeln	700,2 kg	573,0 kg
Reis	2,19 kg	1,64 kg
Heringe	2,89 kg	1,73 kg
Bier	103,0 kg	60,0 kg
Branntwein	6,4 kg	2,0 kg

Dieses Material stammt aus den Belegen, die den interalliierten Sachverständigen j e t z t vorgelegt wurden. Es stützt sich auf genaue Statistiken der letzten Zeit, also nach der Stabilisierung der Mark mit der „gehobenen Kaufkraft". Die Sachverständigen aber, denen der ganze deutsche statistische Apparat zur Verfügung steht, lassen sich keinen blauen Dunst vormachen, wie die Proletarier durch ihre sozialdemokrati-

schen Statistiker. Wie das amerikanische Proletariat dagegen lebt, mag eine Meldung des „Vorwärts" vom 22. Februar 1924 (Morgenausgabe) andeuten. Der Lohn des Seifenarbeiters in den Vereinigten Staaten (New York) beträgt z. B. 54 Cents, nach unserem Gelde 2,25 Goldmark pro Stunde, in achtstündiger Arbeitszeit 4,30 Dollar gleich 18,06 Goldmark täglich. An der Kaufkraft des Geldes bemessen, würde das für Deutschland 20 Goldmark bedeuten. 20 Goldmark pro Tag! An persönlicher Arbeit aber leistet der amerikanische Arbeiter zweifellos nicht mehr als der deutsche. Die technische Höhe der amerikanischen Industrie mag den deutschen Proletarier belehren, daß er durch keine Entbehrung imstande sein wird, „seinen" Kapitalismus je wieder auf die Beine zu bringen. Industrie und Landwirtschaft in Amerika vertragen gut einen viel größeren Lohnabbau, als der gesamte Lohn des deutschen Proletariats überhaupt ausmacht. Die Hungerkatastrophe wird für das deutsche Proletariat ein Problem, um das sich zu kümmern es bald gezwungen sein wird. Kein Schutzzollfirlefanz wird es retten.

Die deutsche Landwirtschaft hat wohl große Kriegs- und Nachkriegsgewinne gemacht. Die landwirtschaftlichen Kleinproduzenten, die für die Volksernährung nur eine ganz untergeordnete Rolle spielen, haben ihre Hypothekenschulden abgestoßen und in Modernisierung ihrer Wirtschaften, in Klavieren und Aussteuern für Neugeborene angelegt. Alles Sachen, die sich heute nicht verkaufen lassen. Sie zehren von der Substanz und werden durch Schutzzölle geschützt weiterproduzieren, oder die Produktion verringern. Für die Arbeiterklasse sind beide Maßnahmen von gleich drosselnder Bedeutung. Die für die Ernährung — neben der Einfuhr — maßgebenden landwirtschaftlichen Großbetriebe haben wohl noch große Erntevorräte der Vorjahre. Die Statistiken zeigen, daß sie durch Brachlegung der Aecker und unrationelle Bewirtschaftung schon bedeutend weniger produzieren. Sie müssen die Produktionsbasis künftig notwendig verengen, oder die Produktion durch Schutzzölle geschützt und durch sehr bedeutende Preissteigerung zur Produktion veranlaßt werden. Wieder sind beide Maßnahmen der Galgenstrick für das Proletariat.

Die entfesselten Produktivkräfte stoßen sich in dem engen Rahmen der Profitwirtschaft und drängen zur Sprengung desselben. Das deutsche Proletariat muß sich langsam aufreiben lassen oder den engen geistigen Horizont der gewerkschaftlichen Kleinkämpfe überschreiten und seine Klassenkraft zur Ueberwindung der Profitordnung einsetzen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Dies wird der deutschen Arbeiterklasse vom Kapital künftig noch härter demonstriert werden als bisher. Das Proletariat sei gewarnt und mag sich rüsten!

Politische Rundschau

Eine unklare Meldung

Im „Lokal-Anzeiger" lesen wir:

„**Von Kommunisten überfallen.** Als der Polizeiwachtmeister Pootz, der sich vom Theaterdienst auf dem Heimwege befand, 2 junge Burschen, die Plakate an die Mauern klebten, feststellen wollte, fielen sie beide unverhofft über den Beamten her, und 10 bis 12 andere Burschen sprangen den beiden bei. Die Leute rissen ihn zu Boden, würgten ihn und traten ihn mit den Stiefelabsätzen. Auch entrissen sie ihm die Waffen. Schließlich ergriffen sie die Flucht. Als der Beamte sich etwas erholt hatte, benachrichtigte er die nächste Wache. Die sofort entsandten Patrouillen fanden nur teils angeklebte, teils noch umherliegende Zettel. Diese trugen kommunistische Aufforderungen aller Art."

Wer weiß, was das für eine ominöse Geschichte ist, denn sonst hätte man doch mindestens den Ort — die Straße angegeben, wo diese wirkliche „Schreckenstat" der Kommunisten vor sich gegangen ist, die sich einfach nicht auf der ersten besten Wache verprügeln lassen wollten, bloß, weil sie als Kommunisten für sich in Anspruch nahmen, was jegliche politische Organisation tun muß und auch tut, nämlich für ihre Auffassung über die „vollendete Demokratie" in breitester Oeffentlichkeit zu werben.

Die Opposition der SPD. †

Jede Opposition stirbt, die nicht grundsätzlich etwas anderes wie die Mehrheit vertritt. Die nicht die Kraft aufbringt, ein neues Programm zu verfechten und mit aller Konsequenz zu vertreten. Die nicht bricht mit ihrer bisherigen Ideologie, die nicht ein Stück Neuland erkämpfen will. Solange eine Opposition nur negativ kritisiert, an Personen nörgelt, ohne die alte Theorie aufzugeben, grundsätzlich nichts anderes will wie das Alte, wird sie mit Leichtigkeit von dem alten Apparat erledigt werden können. Oder man deckt die „Mißverständnisse" auf und „verständigt" sich wieder. Natürlich um der „Disziplin" oder „Einheit" oder „Schlagkraft" der Partei nicht zu schaden.

Wieviel ist bisher schon dem Götzen „Disziplin" geopfert worden. Manche guten Ansätze wurden hierdurch erstickt. Viele tüchtige Genossen, weil ungeschickt und ungewandt in der Verteidigung, sind von den „Erfahrenen" überrannt worden. Und doch fordert der Fortschritt immer wieder nur zielklare und konsequente Verfechter. Alles andere kann sich nicht durchsetzen und geht unter.

So auch die vergangene Opposition in der SPD. Groß schien der Riß in der Sozialdemokratie. Namentlich in Sachsen. Der Führer der Opposition, Zeigner, drohte der Partei recht unangenehm zu werden. Die alte Parteipresse schlug gerade in Sachsen einen sehr radikalen Ton an. Alle Beschwichtigungsversuche scheiterten zunächst. Man mußte zu anderen Mitteln greifen. Zur rechten Zeit wurde dafür gesorgt, daß Zeigner „Staatspension" bekam. Zeigner wurde wegen Korruption ins Gefängnis geschickt. Von denen, die er selbst Korruption vorwarf. Nachdem Zeigner mundtot war, zog man den ganzen Parteiapparat auf. In manchen Redaktionen wurde ein Wechsel vorgenommen. Die bekanntesten und gewandtesten Redner schickte man nach dem roten Sachsen, und siehe da, nach kurzer Zeit meldete schon das Zentralorgan der „Vorwärts" „Der Umschwung in Sachsen."

Vor allen Dingen setzte die KPD. große Hoffnungen auf die Opposition. Der linke Flügel der SPD., deren Wortführer Paul Levi war, hatte schon mit dem rechten Flügel der KPD. in Weimar eine Zusammenkunft. Auf dieser wurden schon, zwar unverbindlich Vorschläge gemacht zur Bildung einer sozial-revolutionären Partei. Diese Hoffnung ist nun auch zunichte geworden.

Die SPD., die jetzt schon Vorbereitungen zum Parteitage trifft, überall Bezirks-Parteitage abhält, hält fürchterliche Musterung, ruft die Rebellierenden zur Ordnung und stellt die alte „Schlagkraft für den kommenden Wahlkampf" her.

Die Herde der Opposition waren hauptsächlich Sachsen, Berlin und Rheinland. Auf den bisherigen Konferenzen wurden die Vertreter der Zentrale heruntergebrüllt oder ausgepfiffen und die Resolutionen der Zentaler bekamen nur wenige Stimmen. Nun ist ein vollständiger Umschwung eingetreten. So gibt der Brandenburger Bezirks-Parteitag, der jetzt am 18. Februar seinen Abschluß fand, Zeugnis dafür, daß die Opposition endgültig erledigt ist. Auch hier in Berlin war eine große Opposition. Die vorherigen Funktionärversammlungen nahmen oft einen stürmischen Charakter an. Auf dem letzten Brandenburger Bezirks-Parteitag aber wurde folgende Entschließung mit 120 gegen 2 Stimmen angenommen:

„Der Bezirksparteitag der VSPD. der Provinz Brandenburg stellt fest, daß die Politik der Partei zwangsläufig vor allem durch den verlorenen Krieg und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen bestimmt war. Parteivorstand und Reichstagsfraktion standen besonders in den letzten Monaten immer nur vor der Wahl zwischen zwei Uebeln und haben das kleinere gewählt.

Indem der Parteitag dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausspricht, fordert er alle Parteigenossen im Hinblick auf die schicksalsschwere Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen auf, taktische Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und die Politik der Sozialdemokratie, die allein den wahren Interessen der Arbeiterklasse entspricht, mutig gegen alle Gegner von rechts und links zu vertreten."

Von einer Opposition war also nichts mehr zu merken. Brühl, der den Standpunkt der Zentrale vertrat, warf den Linken Strebertum vor. Sicher ist mit nachstehenden Worten Levi genannt: „Wer einmal seine Fehler erkannt hat, muß den Mut haben, sie zu bekennen und daraus die Konsequenzen zu ziehen und nicht wie einzelne, die von einer Partei zur anderen kommen und gehen, sich immer wieder gleich in Führerrollen drängen. (Beifall und Unruhe.)

In Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau, die Hochburgen der Opposition wurden jetzt überall die Resolutionen der Zentrale gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Bezirksparteitag Oberrhein nahm gegen fünf Stimmen folgende Resolution an:

„Der Parteitag spricht, unbeschadet der Kritik im einzelnen der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand sein Vertrauen aus. Der Parteitag erblickt in der demokratisch-republikanischen Verfassung einen mächtigen Hebel zur Befreiung der Arbeiterklasse, wenn diese die ihr gegebenen Rechte wirklich gebrauchen lernt. Unter Ablehnung jeder Minderheitsherrschaft kämpft die Sozialdemokratie durch die Reichstagswahl erneut um die Staatsgewalt. Der Parteitag fordert die Arbeiter der Hand und des Kopfes, Männer und Frauen auf, sich nicht durch Richtungshader und konfessionellen Streit entzweien zu lassen, sondern mit derselben Einigkeit und Geschlossenheit gegen die Kapitalistenklasse den politischen Kampf zu führen, und zwar durch die Sozialdemokratie."

So ist endgültig die große Opposition der SPD. zu Grabe getragen. Die Proletarier, die noch die Hoffnung hatten, aus dieser Partei noch etwas zu retten, werden nun gründlich kuriert sein. Die Sozialdemokratie hat hierdurch ihren reaktionären Charakter mehr wie bisher offenbart. Sie kann von ihrem Kurs, den sie sich auf ihrem letzten Parteitag in Görlitz gegeben hat, Koalition mit Stinnes, nicht mehr abgehen. Sie ist nun endgültig im Lager der Bourgeoisie gelandet.

Englands Arbeiterregierung ein Lichtstrahl

Die Nr. 7 der „Metallarbeiterzeitung" vom 16. Februar d. J. bezeichnet die englische Arbeiterregierung als einen Lichtstrahl. Nur ganz gerissene Halunken oder vollständig verblödete preußisch-deutsche Untertanen oder vielleicht noch einige Rechtsanwälte mögen behaupten wollen, daß die englische „Arbeiterregierung" mehr ist, als der geschäftige und willfährige Diener seines Herrn, des Kapitals.

Wenn man sich nur ihrige Aufgaben und ihre Reden und Taten besieht, so ist wohl die Frage, was stellt die „Arbeiterregierung" Englands eigentlich vor, sehr leicht zu beantworten. Die Arbeiterregierung ist aus der Arbeiterpartei, der Labour Party, hervorgegangen. Diese Partei stellt doch ihrer Idee und auch ihres Anhanges nach die Partei der wirtschaftlich Schwachen und Unterdrückten dar. Wie dieses Wunder nun erklärt werden soll, daß diese Partei der Schwachen und Unterdrückten zugleich der Herrscher des kapitalistischen Staates, Englands ist, und nun, ja, was für Politik wohl betreiben soll, ist noch nicht genau raus.

Dieses muß schon ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt oder der Redakteur der Metallarbeiterzeitung enträtseln.

Die Botschaft, die Macdonald vor seinem Regierungsantritt an das indische Volk gerichtet hat, stellt ja auch in seinen gewundenen Erklärungen den Widerspruch dar, der darin verkörpert ist, daß die Arbeiter Englands durch ihren Gott, den ollen gemütlichen Max, mit einmal Herrscher des Weltreichs Englands, also Großimperialisten geworden sind. Daß die indischen Kulis natürlich von der Arbeiterregierung genau so viel Freiheit zu erwarten haben, wie das deutsche Proletariat im Laufe der Jahre von seinen Volksbeauftragten, sozialistischen Regierungen und gewerkschaftlichen Beisitzern in den Standgerichten bekommen und erhalten hat, wird wohl nicht bezweifelt werden. Trotzdem sie sich in pazifistische Nebel einhüllen und die böse Welt wieder zum Guten zurückführen wollen durch Aufrufe und durch Einladungen zu internationalen Konferenzen und viel von Abrüstungen schrieben und geredet wird, und seit einer Woche eine Konferenz für Flottenabrüstung in Rom tagt, sehen wir in allen kapitalistischen Ländern ein heimliches unheimliches oder auch ganz offenes Rüsten. Frankreich gibt diese Rüstungen ganz offen zu und das revolutionäre Proletariat weiß ja auch aus genügenden Erfahrungen, daß, je schwächer man sich fühlt dem Gegner gegenüber, desto mehr muß man sich ranhalten mit den Rüstungen. Ob der Gegner nun das Proletariat, das vor Hunger aufbegehrt oder die Nachbarnation, der böse Erbfeind ist, spielt keine Rolle.

Während nun die Bourgeoisie der anderen kapitalistischen Länder offen für ihre Rüstungen eintritt und dies im Interesse ihres Profits tun muß; denn, wenn eines Tages keine Möglichkeit mehr besteht, bei den anderen Ländern seine Waren los zu werden und durch Abdrosselung von den Rohstoffquellen der Lebensnerv des kapitalistischen Staates zerstört wird, so entscheiden eben kaltschnäuzig die Kanonen und giftigen Gase oder man versucht den Gegner glatt auszurotten. Ungeahnte Möglichkeiten ergeben sich ja noch aus der hochentwickelten Technik und der fortgeschrittenen Wissenschaft des 20. Jahrhunderts und das Proletariat tut gut, nicht mehr alle diese „Errungenschaften" und „Erfindungen" des menschlichen Gehirns an seinem Leibe ausprobieren zu lassen. Für die englische Arbeiterregierung paßt jedenfalls der Handkuß des Königs besser, hat er doch so etwas versöhnendes an sich, als der Bau von Kriegsschiffen. Doch man fand bald die Ausrede.

Die Arbeitslosen sind der rettende Engel und zu ihrem Wohl will man ja alles tun und verzichtet sogar auf seine Ueberzeugung als Pazifist. Während sonst der „Vorwärts" alle Taten oder Bewegungen von dem dicken Bruder in England, die eventuell mal eine Tat nach sich ziehen können, stets auf der ersten Seite brachte, bringt er folgende Meldung auf der dritten Seite.

Unterschlagen kann man sie ja nicht, also hinten rin. Uebrigens sind ja unsere Leser sehr — sehr nachsichtig. Mancher versteht es wohl auch nicht.

Kriegsschiffbau gegen Arbeitslosigkeit

London, 21. Februar. Im Unterhaus erklärte heute der Unterstaatssekretär der Admiralität, Ammon, bezüglich des von der früheren Regierung zur Hebung der Arbeitslosigkeit geplanten Baues von sechs bis acht leichten Kreuzern, **daß die neue Regierung den Bau von fünf solchen Kreuzern so bald wie möglich in Angriff nehmen lassen würde.**

London, 21. Februar. (EP.) **Die Erklärung Ammons wurde auf einigen Bänken der Arbeiterpartei ebenso mit Protestrufen aufgenommen, wie die vorhergegangene Erklärung, wonach die Regierung 800 Militärflugzeuge bauen lassen werde. Man hörte den Ausruf: „Es ist eine Schande!"**

Daß man diese Dinger nur zum Spaß baut, im Interesse der armen Arbeitslosen, um sie nach Fertigstellung wieder zum Abschrotten nach Wilhelmhaven zu schicken, kann nur ein der Arbeiterregierung nicht treu ergebener indischer Kuli annehmen. Uebrigens wagt niemand diesem „Gespött" des 20. Jahrhunderts eine lange Lebensdauer zu prophezeien, nicht mal der Redakteur der Metallarbeiterzeitung.

Auch werden folgende beiden, schließlich ganz gut gemeinten Wünsche nichts weiter als Wünsche bleiben. Und zwar richtete Frau Mac Swiney, die Führerin der irischen Republikaner, an Ramsey MacDonald ein offenes Schreiben, in dem sie den Ministerpräsidenten fragt, welche Absichten er mit Irland habe und **ob er diesem Gerechtigkeit widerfahren lassen wolle.** Nur ein Teil des Landes habe die Freiheit erhalten, während sich Irland gleichzeitig fester denn je in der Hand Englands befinde. Ramsay MacDonald befände sich am Scheidewege und müsse sich entscheiden, ob er die englische Politik fortsetzen wolle oder einen Akt der Gerechtigkeit vollziehen wolle, durch den er einen Nachbar gewinnen würde, dessen Interessen unauslöschlich mit denen des englischen Volkes verbunden sein würden.

Und die unabhängige englische Arbeiterpartei verlangt von Ramsey MacDonald Aufklärung darüber, **ob er bereit sei, Indien vollständige Selbständigkeit zu gewähren,** ohne dabei auf den Gedanken Rücksicht zu nehmen, daß England angeblich ein Recht auf die Souveränität über das Land habe.

Die Arbeiterregierung befindet sich in dauerndem Widerspruch mit sich selbst und da sie als Lakaien der Bourgeoisie nur im Sinne der Profitinteressen dieser handeln darf. Der Profit aber erfordert es, daß Indien weiter ausgebeutet wird und Irland sich den englischen Interessen unterzuordnen hat. Alle Proletarier, die in der englischen „Arbeiterregierung" einen Lichtstrahl auf dem Wege des proletarischen Befreiungskampfes glaubten zu erblicken, werden, wenn sie über keine andere Lichtquelle verfügen, bald in tiefster Finsternis sein.

Streiks und Aussperrungen in Deutschland

In dem Ruhrgebiet sowie in ganz Deutschland lösen Streiks und Aussperrungen sich in bunter Reihenfolge ab. Ist eine Gruppe niedergerungen, so kommt die nächste dran. Man fängt mit dem 9-Stundentag an und geht dann systematisch bis zum Zehn- und Zwölfstundentag.

So wird aus Bochum gemeldet, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Streik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter bevorstehe. Ein Schiedsspruch vom Schlichter für Rheinland-Westfalen gefällt, ob es der sattsam bekannte Sozialdemokrat Mehlich ist, wird nicht vom „Vorwärts" verraten, der eine Arbeitszeit für Schichtarbeiter von 57 Stunden und für Wechselschichtarbeiter eine wöchentliche Arbeitszeit von 70 Stunden vorsieht.

Letztere sollen in vierzehn Tagen nicht mehr als 130 Stunden (wie gnädig) arbeiten. Erklärungsfrist bis 1. März.

Aus Hamburg wird gemeldet, daß die Arbeiter nach acht Stunden die Werften verlassen. Ein Teil ist schon ausgesperrt. So auf der Nordwerft. Die Gesamtaussperrung ist zu erwarten.

In Kiel sind außer der Kruppwerft, die seit dem 4. Februar stilliegt, die Howaldwerke geschlossen. Die deutschen Werke und die Kolbewerft verhalten sich noch abwartend. Die Werftbesitzer haben beschlossen, alle diejenigen, die den verbindlichen Schiedsspruch über die neunstündige Arbeitszeit nicht anerkennen, als vertragsbrüchig fristlos zu entlassen, wie schon in Kiel und Bremen geschehen ist.

In Berlin streiken die Mühlenarbeiter. Die Betriebsräte hat man, als angebliche Träger des Streiks, teilweise verhaftet, da die Mühlenbetriebe äußerst lebenswichtige Betriebe sind. In der Metallindustrie haben die Unternehmer zur teilweisen Aussperrung gegriffen. 53 Betriebe sind schon von der Aussperrung betroffen. Für das Baugewerbe wird eine zehnstündige Arbeitszeit verlangt ohne Pause. Sobald der Frost nachläßt, werden die wenigen Bauarbeiter aller Berufsgattungen über ihre letzte Novembererrungenschaft nachdenken können. Fürs Baugewerbe wäre es allerdings am praktischsten, die ganze Bauarbeit als Pflichtarbeit zu erklären; denn das Bauen von Villen liegt doch ganz sicher im Allgemeininteresse.

Das Proletariat hat allerdings keine Zeit mehr zu verlieren, wenn es nicht systematisch zerrieben werden will, muß es mit elementarer Wucht den Kampf um die Produktion aufnehmen. Alles andere, besonders das Abwarten und langsam an sich herankommenlassen und schließlich erst noch mal zum Wahlklosett gehen wollen, heißt Schwächung und weitere Zermürbung.

Die Entscheidung liegt beim Proletariat.

Der Klu-Klux-Klan in Amerika

Die Klu-Klux-Klan-Bewegung stammt aus der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges 1865. Nach der Ermordung des Präsidenten Abraham Lincoln setzte der Kongreß eine neue Regierungsgewalt in den Sklavenstaaten ein. Die Plantagenbesitzer, die soeben erst unterlegen waren, weigerten sich mit der föderativen Regierung zusammenzuarbeiten. Sie veröffentlichten eine Reihe von Gesetzen gegen die Schwarzen, den sogenannten „Kodex über die Neger", der im Grunde genommen den Sklavenzustand der Negerbevölkerung wieder herstellte. Der Kongreß beantwortete diese Herausforderung durch Entsendung von Truppen. Außerdem wurden aus dem Osten Regierungsvertreter entsandt, um gemeinsam mit den Negern eine neue Regierung zu bilden. Eine Unmenge Lehrer, die die zurückgebliebenen Neger aufklären sollten, überschwemmten das Land. Es waren zum größten Teil gewissenlose Abenteurer. Die Südamerikaner legten ihnen verletzende Beinamen bei, wie z. B. „Schwätzer", „Räudige", „Negerfreunde" usw. Die siegreiche Bourgeoisie der östlichen Staaten hätte selbstverständlich nur zu gern auf Kosten der befreiten Neger mit den Sklavenhaltern Frieden geschlossen. Die besitzenden Klassen Südamerikas waren jedoch zu keinem Nachgeben zu bewegen. Regierungsvertreter dagegen, die keine Kompromisse suchten, wie Sommer und Steevens, blieben ohne jeglichen Einfluß.

Die Bourgeoisie der östlichen Staaten konnte sich trotz aller Nachsichtigkeit ihren früheren Feinden gegenüber nicht des Verwaltungsapparates und der Produktion bemächtigen. Eine Regierung aber mußte gebildet werden. Man befahl daher den Vertretern des republikanischen Kongresses, im Süden gemeinsam mit den befreiten Negern eine Regierung zu organisieren. All dieses vollzog sich unter der Kontrolle der militärischen Garnisonen. Den Negern wurden alle bürgerlichen Rechte zugeteilt. Nicht genug damit, daß einige von ihnen Richterämter bekleideten, vertraten sie sogar die früheren Sklavenstaaten im Kongreß. Die Geschichtsschreiber Amerikas geben in der Regel ein völlig entstelltes Bild von der zehnjährigen Tätigkeit dieser Regierungskoalition der Schwarzen mit den Agenten Nordamerikas. Die gesetzgeberischen und richterlichen Handlungen der Neger wurden ins Lächerliche gezogen. Zwar trieb die Korruption üppige Blüten, die Schuld an dieser Erscheinung fällt aber weniger den Negern als den Vertretern des Nordens zur Last. Dieselben Geschichtsschreiber behaupten, daß die schwarzen Gesetzgeber und Richter ihre Unfähigkeit bewiesen hätten. Der Süden hat aber eine große Zahl geistig hervorragender Neger hervorgebracht. Ihm entstammte Frederic Douglas (Mulatte), der lange vor Ausbruch des Bürgerkrieges an der Befreiung der Neger tätig war und in nichts den andern Freiheitskämpfern wie Harrison, Wendel, Phillips, Greally oder Steevens nachgab. In Südamerika wirkte ebenfalls die bekannte Negerin Sojurna Treß, eine Freundin Lincolns, die aktiv an der illegalen Arbeit teilnahm und die Flüchtlinge aus den Südstaaten nach dem Osten und nach Kanada hinüberleitete. Ferner beteiligten sich Neger aktiv an dem Kampf des John Brown gegen die Sklaverei im Staate Virginien. Gleiche Beispiele lassen sich auch aus dem Wirken der Schwarzen in den östlichen Staaten anführen. Die bürgerlichen amerikanischen Historiker ähneln aber hysterischen alten Jungfern. Jedesmal, wenn sie genötigt sind, die Tatsache festzustellen, daß die Neger während ihrer Teilnahme an den Regierungsgeschäften sich auf der Höhe gezeigt haben, geraten sie in maßlose Wut- und Haßausbrüche.

Die nach Beendigung des Krieges geschaffene Organisation Klu-Klux-Klan konnte nicht gegen die Neger kämpfen, solange sich diese unter dem Schutze der Nordstaaten befanden. Die Bourgeoisie des Nordens verstand es aber, die Negermassen mit anderen Mitteln hinters Licht zu führen. Die Schwarzen sehen heute noch nicht ein, daß sie von den Kapitalisten Nordamerikas an die früheren Sklavenbesitzer verraten worden sind. Sie erblicken nach wie vor in der republikanischen Partei des Großkapitals ihren Verteidiger gegen die demokratische Partei der Plantagenbesitzer des Südens, da die „humane" Bourgeoisie die Neger in vollendeter Weise zu täuschen versteht. Man versprach den Sklaven nach der Befreiung je 50 Morgen Getreideland und einen Maulesel. Diese Losung wurde aber nur während des Krieges und der nachfolgenden Wahlkampagne aufrechterhalten. Die herrschenden Bourgeois Nordamerikas konnten sich nicht entschließen, ihre Brüder im Süden zu expropriieren. Sie waren noch weniger imstande, die Forderungen der weißen Arbeiter, die für die Plantagenbesitzer Partei ergriffen hatten, zu erfüllen. Im weiteren Verlauf der Dinge stießen die Kapitalisten Nordamerikas gleichfalls auf die Riesenarmee der Arbeitslosen und auf die Agitation des Klassenkampfes, die einen bis dahin nicht beobachteten großen Umfang annahm. Die Nordbourgeoisie fand einen geschickten Ausweg aus dem Dilemma. Sie unterstellte die Güter der hartnäckigsten und grausamsten Sklavenbesitzer der Kontrolle der örtlichen Behörden, während sie jenen, die sich neutral verhielten, ihr Eigentum ließ. Diese Entscheidung erwies sich auch für die besitzenden Klassen in den östlichen Staaten, die nunmehr ihre ganze Energie der Entwicklung des Westens zuwenden konnten, als sehr günstig. — Der Bürgerkrieg zeitigte aber bald nach seiner Beilegung, und zwar im Jahre 1873, eine fürchterliche Krise. Viele Betriebe und Banken brachen zusammen oder mußten geschlossen werden. Infolge des enormen Sturzes der Zahlungsmittel gerieten die finanziellen Verhältnisse der Sklavenstaaten vollständig in Verwirrung. Die Republikaner konnten sich nicht mehr auf die Landesregierung stützen. Es entstand eine dritte Partei. Während der Präsidentenwahlen 1876 wurde die Hegemonie der Republikaner gestürzt. Die Demokraten schienen den Sieg davongetragen zu haben.

Diese doppelte Krise wirtschaftlicher und politischer Natur zwang die Bourgeoisie des Nordens, krampfhafte Versuche anzustellen, die ihr entgleitende Macht um jeden Preis zu halten. Die Wahlen hatten weder der einen noch der anderen Partei einen klaren Vorteil eingebracht. Die Peripherie der Republik stand aber geschlossen auf Seiten der Demokraten. Um nun auf irgend eine Weise den Frieden wieder herzustellen und die in Bewegung geratenen Arbeiter zu unterdrücken, erklärten sich die Republikaner damit einverstanden, ihre Truppen aus dem Süden zurückzuziehen, und die Regierungsbildung in Südamerika den Sklavenbesitzern zu überlassen, jedoch unter der Bedingung, daß dem Kandidaten ihrer Partei der Präsidentenposten nicht streitig gemacht werden sollte. Damit sicherten sie sich die Kontrolle über den Regierungsapparat der Föderation. Das Uebereinkommen kam zustande. Alle Neger wurden unverzüglich ihrer Aemter enthoben und die aus Nordamerika gesandten Beamten zurückberufen. Die Plantagenbesitzer bildeten jetzt gemeinsam mit den weißen Arbeitern die Regierung, die als erste Handlung den Negern alle politischen Privilegien nahm. Die Negerbevölkerung, des militärischen Schutzes entblößt, war hilflos den Racheakten der in geschlossener Front vorgehenden Weißen preisgegeben.

„Der Kodex über die Schwarzen", der seit 12 Jahren in Vergessenheit geraten war, trat sofort in Kraft. Die schwarzen Arbeiter, die für ihre Leistungen einen jämmerlichen Lohn erhielten, gerieten im Grunde genommen wieder in das alte Sklavenverhältnis. Sie genossen keine politischen Rechte und waren wie vor dem Bürgerkriege an ihre Arbeitsstätten gebunden. Die Oligarchie in Südamerika gestattete ferner der Organisation Klu-Klux-Klan den Negern gegenüber ihr auf Repressalien und Terror aufgebautes Programm zu verwirklichen. Die Mitglieder dieser Organisation nutzten anfänglich den Aberglauben der befreiten Neger aus. Die „Ritter" des Klu-Klux-Klan hüllten sich in weiße Gewänder und machten in tiefer Nacht auf weißen oder schwarzen Rossen Streifzüge durch die Dörfer, wobei sie mit Kreide allerlei Zeichen, wie z. B. Totenschädel usw. an die Türen und Mauern der Negerbehausungen malten und dadurch die Bevölkerung in Schrecken jagten.

Aber nicht alle Neger zeigten sich abergläubisch. Jene, die sich mit den neuen Verhältnissen nicht abfinden konnten, versuchten trotz der systematischen Mißhandlungen durch Lynchgerichte ihre politischen Rechte als freie Menschen zu verteidigen. In den 12 Jahren der militärischen Besetzung, als die Neger an der Regierung teilnahmen, wurden sie nie sexueller Vergehen beschuldigt, wie es auch nie zu Lynchgerichten kam, die auch während der schwärzesten Sklavenzeit, als noch der Sklavenhandel zugelassen war, gänzlich unbekannt waren. Die ersten Zwischenfälle dieser Art datieren aus den Jahren 1883—84.

Obwohl die Bourgeoisie des Südens in ihrem Kampfe gegen die Sklaven die weißen Proletarier auszunutzen versuchte, beutete sie auch diese in der schamlosesten Weise aus. Die Löhne in Südamerika waren immer um 50 Prozent niedriger als die in den östlichen Staaten, das gleiche Verhältnis herrschte zwischen dem Einkommen der Neger und dem der weißen Arbeiter. Die Lage der Schwarzen wurde aber mit jedem Tage schlimmer.

(Fortsetzung folgt.)

*) expropriieren: enteignen. — Hegemonie: Obergewalt eines großen Staates über schwächere Staaten. — Oligarchie: Herrschaft Weniger.

Geständnis der KPD.

Wir haben schon verschiedene Male zu der Krise in der KPD. Stellung genommen. In Nr. 12 des „Proletarier" erwähnten wir auch ein Mitteilungsblatt der KPD.-Opposition, „Der rote Kurier". Wir lassen dieses Geständnis von Mitgliedern der KPD. über die Taktik ihrer Organisation ungekürzt folgen, da ja bald mit der Aufhebung des Verbots der KPD. zu rechnen ist und sich dann die Proletarier dieser Organisation schneller entscheiden müssen, ob es ihnen recht ist mit der proletarischen Revolution. Das Verbot hat leider den vollständigen Bankrott dieser scheinkommunistischen Partei vor den Augen des Proletariats bisher sehr wirksam verschleiern können. Das Geständnis lautet:

Ein Kampf auf Leben und Tod

I.

„Die Kommunistische Partei Deutschlands macht eine tiefgehende innere Krise durch, die sich schließlich zum Wendepunkt in der revolutionären Bewegung gestalten muß und damit eine ausschlaggebende Einwirkung auf die internationale kommunistische Arbeiterbewegung nicht verfehlen kann. **Die mit dem „Offenen Brief" vom Februar 1921 offiziell eingeleitete, von der vorherigen grundverschiedenen Taktik der KPD., hat in den Oktobertagen des Jahres 1923 ihr historisch beschiedenes Schicksal des vollständigen Zusammenbruchs erlitten.** Die fast drei Jahre hartnäckig verfolgte Politik seitens des opportunistisch-reformistischen Flügels unserer Partei ist an den Klippen der harten Wirklichkeit zerschellt. Es wurde eine Unmenge von Energie verpufft — noch mehr, wir sehen eine umsichgreifende Niedergeschlagenheit, Verzweiflung und Passivität, die weit über die Grenzen der KPD. hinausreicht. Die breiten Massen haben den Glauben und die Hoffnung auf die revolutionäre Lösung des sozialen Elends in hohem Maße verloren. So stellt sich die Bilanz der trotz aller Einwände mit brutaler Rücksichtslosigkeit durchgeführten Politik der Parteimehrheit dar. **Doch denjenigen, der über die wissenschaftliche Einsicht**

2 öffentliche Versammlungen

Freitag, den 29. Februar, abends 7 Uhr

Prachtsäle des Ostens

Frankfurter Allee und

Andreas-Festsäle, Andreasstraße 22

Thema: Die kommenden Wahlen und die Aufgabe der Arbeiterklasse

K. A. P. D., A. A. U. und K. A. J.

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

in den Gang der Entwicklung verfügt, kann dieses traurige Ergebnis nicht in eine Katzenjammerstimmung versetzen, oder — was noch schlimmer wäre — ihm den Glauben an die Befreiung der Arbeiterklasse nehmen, sondern gerade umgekehrt wird es anspornen, den Ursachen der beispiellosen Schlappe des deutschen Proletariats auf den Grund zu gehen. Und jetzt ist es die doppelte Pflicht eines jeden Arbeiters in der Partei, kritisch Stellung zu nehmen zu der gesamten bisherigen Taktik der Partei, um in den von allen Seiten als unumgänglich anerkannten parteitaktischen Auseinandersetzungen in der Lage zu sein, die Gestaltung der zukünftigen Parteipolitik im Interesse der Arbeiterklasse zu beeinflussen. Dieser aus den inneren Tiefen der Parteimitgliedschaft erwachsenen Bestrebung der Aenderung des bisherigen Kurses, dieser sich anbahnenden Gesundung der Partei droht schwerste Gefahr. Seitens der **Mehrheit** der Zentrale — also auch seitens der bisherigen Wortführer der für die Arbeiterbewegung so verhängnisvollen Taktik — **wurden „Thesen zur Taktik des Oktoberrückzugs und zu den nächsten Aufgaben der KPD."** aufgestellt, die den Versuch darstellen, den wahren Sachverhalt der Oktoberniederlage zu verdunkeln, den Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen, das ganze Problem in eine schiefe Stellung zu bringen — mit anderen Worten das Ansehen und — was noch wesentlicher ist — den Einfluß der kompromittierten Führer in der Partei zu retten.

Was vor allem jeden denkenden Arbeiter stutzig machen muß, ist die Bezeichnung der beispiellosen Oktoberohnmacht der Partei als eine „Taktik des Oktoberrückzuges". **Also das, was im Oktober von den führenden Parteiinstanzen verübt worden ist: die Deckung des Verrats der SPD. durch gleichzeitiges Verhandeln mit den Spitzen und Eingehen einer Koalition mit Sozialdemokraten, die knapp zuvor dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatten (Zeigner), die stumme Hinnahme jener Provokation seitens der Reichswehr, die jämmervolle Haltung der Kommunisten im Landtage, die Anerbietung des Zusammengehens mit der sächsischen Bourgeoisie seitens der kommunistische Minister*)** — das alles als Rückzugstaktik hinzustellen, dazu gehört eine eherne Stirn und ein Rechnen auf eine völlig unkritische Parteimitgliedschaft.

Doch nicht bloß das eine gebricht den Thesen. Je weiter man sich in sie vertieft und endlich zu Ende liest, um so mehr muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Thesen überhaupt nicht für Proletarier bestimmt sind. Denn in diesem bunt durcheinandergewürfelten Haufen von Unklarheiten, klaffenden Widersprüchen, treffenden Bemerkungen, falschen Behauptungen und Auffassungen, Plattheiten und längst erkannten Wahrheiten sich zurecht zu finden, ist nicht dem Gehirn des Proletariers möglich. Die Thesen können nur ein Ziel verfolgen: den Arbeiterleser im Netz der Verwirrung zu verstricken, so daß er am Ende mit Faust sagen könnte: „Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor!"

Wir wollen uns jetzt näher mit dem Inhalt der Thesen befassen.**) Sie verweisen darauf, daß der „Rückzug (??) der Partei in den Oktoberkämpfen (??!) erklärt werden kann .... vor allem durch die Fehler der taktischen, strategischen (?) Haltung der Partei im Kampfe um die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats. ..." Aber welcher Art diese Fehler sind, darüber schweigen sich die Urheber dieser Thesen aus, und sie werden sich streng hüten, hier Klarheit zu schaffen. Warum, werden wir später ausführen. Sie versuchen, die hier steckende Unklarheit durch eine noch größere Unklarheit zu erklären. Diese (oben unklar angedeuteten) Fehler resultieren aus einer falschen theoretischen Einstellung über das Wesen (?) des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und der falschen Einschätzung der Rolle der Partei in diesen (??) Kämpfen." Man muß offen gestehen, daß selbst der Teufel daraus nicht klug werden kann, erst recht nicht ein gewöhnlicher Prolet. Es ist klar ersichtlich, wie man hier jedes nähere Eingehen auf die heiklen Stellen behutsam vermieden hat.

Doch leider verfolgt ein böses Schicksal die unglücklichen Erbauer der Thesen, indem sie kurz darauf die Tatsachen auf den Kopf stellen: „Der Kardinalfehler (!!) der strategischen (?) Einstellung war aber, daß die Partei sich nur auf einen „Endkampf" zur Eroberung der politischen Macht vorbereitete, und die Einleitung von Teilkämpfen, Kämpfen mit Teilforderungen und mit weniger (!!) aggressiven Mitteln und Kampfmethoden ablehnte und verhinderte." **Gerade das Umgekehrte ist der Fall! Wenn wir von dem ohrenbetäubenden Kraftmeiertum der Parteipresse (z. B. der Rummel vor dem Antifaschistentag) absehen und unser Urteil bilden an Hand des tatsächlichen Verhaltens der führenden Parteiinstanzen bei jeder Aktion, so müssen wir alles andere als Einstellung auf den „Endkampf" feststellen.** Genau so wie in der Maibewegung im Ruhrgebiet hat die Zentrale in Oberschlesien die vorstürmenden Arbeitermassen brutal zurückgewiesen, indem sie in die Schranken des Kampfes um Brot und höhere Löhne verwies. Jede Ausbreitung des Kampfes und Weiterstreckung seiner Ziele stempelte die Zentrale als ein Eingehen auf die Provokationen der Bourgeoisie. Damals war sie krampfhaft bemüht, den Arbeitern gegenüber jede Anwendung von „aggressiven Mitteln und Kampfmethoden" als „grobe Entgleisung" zu brandmarken.*)

Die Streikwelle, die im Sommer 1923 das ganze Reich in fieberhafte Zuckungen versetzte, ließ die Zentrale kalt. Man suchte diesen Streiks die Spitze abzubrechen, indem man die heilverkündende Parole losließ: „Friedenslöhne!" Und wenn man sich die Forderungen der Partei ins Gedächtnis zurückruft, die knapp vor dem Sturze Cunos aufgestellt wurden, so war das geradezu das, was die Urheber der Thesen in der Einstellung der Partei vermissen, aber nur nicht der Geist des „Endkampfes". Diese erwähnten Forderungen sind eben die beste Widerlegung der Behauptungen der Autoren der Thesen, denn dort wurde offensichtlich jede Andeutung auf die Eroberung der Macht durch die Aufhebung der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie ferngehalten.

Aber als Retter in der Not verfahren sie in ihrem Eifer bis zur Selbstentlarvung, denn sie empfehlen in der heutigen Zeit der zugespitzten Klassenkämpfe die Anwendung von weniger (!!!) aggressiven Mitteln und Kampfmethoden als die bisherige Zentrale. Wer hier nicht lachen kann, der tut uns wirklich leid.

Aber die edlen Ritter geben sich damit nicht zufrieden, sondern behaupten fast in einem Atemzuge:

„Die nächsten Aufgaben der Partei" sind unter anderen: „Zerstörung (!!) und Zerschlagung (!!) der sozialdemokratischen Partei durch rücksichtslose Aufdeckung ihres konterrevolutionären Charakters. Dabei gilt es vor allem, den sozialdemokratischen Arbeitern jede Illusion über die Möglichkeit einer eventuellen Wandlung und Radikalisierung der SPD. durch die linken Führer zu nehmen." Doch um das zu erreichen, bleibt diesen „Weisen von Zion" nichts anderes zu tun übrig, als die „**Beibehaltung, Vertiefung und zielbewußte Anwendung der Einheitsfronttaktik (!!!), wie sie auf den Kongressen der Kommunistischen Internationale festgelegt wurde**", zu empfehlen.

Dieses offene Bekennen (aber leider erst am letzten Ende angehängt) **zu der alten zusammengebrochenen und durch die Wirklichkeit in Fetzen zerrissenen Taktik zeugt** immerhin etwas von dem Mut der Thesenklitterer, aber leistet uns und dem Leser einen unschätzbaren Dienst, denn es erleichtert uns um ein Stück die Arbeit: die Entlarvung der „Retter in der Not", die sich ganz einfach als die alten Schimmel und Unterhälter der bankrotten und kompromittierten Mehrheit der Zentrale entpuppen. Doch damit ist unsere Aufgabe nur zur Hälfte gelöst. In der nächsten Nummer wird unsere Erläuterung der Gründe und der Ursachen der Oktoberereignisse noch eine Weile den Leser in Anspruch nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Siehe die Landtagsreden vom 17. und 23. Oktober 1923.

**) Infolge des uns in sehr beschränktem Umfange zur Verfügung stehenden Raumes sind wir gezwungen, uns mit der Herausgreifung der markantesten Stellen zu begnügen, um unsere Behauptung zu bekräftigen.

*) Vergleiche die Zitate aus der „Roten Fahne" unter dem Titel „Eine grobe Entgleisung", wo die Zentrale einen Leitartikel des „Kämpfers" in bezug auf die Ruhrbewegung verurteilte.

Die Geschichte vom Esel

Es gibt eine alte Fabel von Bürdans Esel zwischen den beiden Heubündeln. Diesem biederen Grautier erschienen beide Bündel gleich verlockend, und klug, wie nur ein Esel sein kann, kriegte er es fertig, zwischen den beiden Bündeln zu verhungern. — Es gibt manches in der heutigen Situation der Sozialdemokratie, das an jenes historische Grautier erinnert. Einerseits denkt sie in Hinblick auf die kommenden Wahlen mit Wehmut an die schönen Zeiten, wo man mit der Zentrale für Heimatdienst arbeiten konnte und sich bis in die besitzendsten Kreise hinein verständnisvolle Seelen — nicht für den Sozialismus, wohl aber für die Bedürfnisse der Sozialdemokratie fanden. Darum halten alle prominenten Genossen-Minister peinlichst darauf, immer wieder zu betonen, wie viel Verständnis sie für „Volksgemeinschaft" usw. haben. Anderseits, da es im Hinblick auf die zu erwartenden Wahlen sich doch darum handelt, dem Stimmvieh das Parteifutter recht mundgerecht zu machen, besinnt man sich auf die Rolle einer Oppositionspartei und fängt an, hier oder da zu protestieren. Die Reden der Genossen Minister werden zu dem Zweck einer peinlichen Kontrolle unterworfen, damit ihre erleuchteten Aussprüche nicht so sehr gegen die „fürs Volk" bestimmten Leitartikel abstechen.

Ein ganz lehrreiches Beispiel liefert dazu „Genosse" Severing. Er hielt im Rahmen der sogenannten Lessinghochschule, d. h. vor einer Versammlung bildungsbedürftiger oder -hungriger Kleinbürger einen Vortrag über „Neue Wege deutscher Zukunft". Neue Wege freilich weist der Herr Genosse nicht; im Gegenteil! All das, was er erzählt, klingt sehr gut bekannt. Der „Vorwärts" berichtet aus der Rede:

„Den Säbelrasslern muß ein anderer machtpolitischer Faktor entgegengestellt werden: die Geschlossenheit des ganzen Volkes, die Volksgemeinschaft! Die Große Koalition, ein notwendiges Uebel bei der Zersplitterung des deutschen Volkes in unzählige Parteien, war der Ausdruck dieser Volksgemeinschaft. Sie konnte erst im Jahre 1918 entstehen; vor dem Kriege war die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz, durch die Verfolgungen und Schikanen in eine feindliche Stellung gegen den Staat hineingetrieben worden. Sogar während des Krieges wurde die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigte Partei anerkannt.

Und jetzt klingt wieder der Ruf, sie sei regierungsunfähig, bankrott, man versucht wieder die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum zu vertiefen. Um so bedauerlicher ist es, daß im Augenblick, wo die einzige Waffe gegen das Ausland die Geschlossenheit des Volksganzen sein müßte, der Kampfschrei „Nieder mit dem Marxismus!" ertönt. **Man vergißt, daß es die Großtat der Sozialdemokratie war, daß sie die Welle auffing, die die sieben Millionen Frontkämpfer ins Land zurückwarf und diese Menschenmassen in das Wirtschaftsleben einfügte.** Daß der Versailler Vertrag im Jahre 1922-23 zum Niedergang der Volkswirtschaft und Finanzwirtschaft geführt hat, ist nicht ihre Schuld. Die Gegner wollen aber die Gelegenheit benützen, sie wieder kaltzustellen. **Die Sozialdemokratie hat durch die Tat im Jahre 1914 bewiesen, daß**

sie das Vaterland verteidigen kann. **„Erziehung für Wahrhaftigkeit" steht noch heute in ihrem Programm.** Internationale Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten. Völkerversöhnung ist aber das Ideal, das sie erstrebt."

Man sollte meinen, das wäre gerade genug an „Umlernungsvermögen" für einen Ministergenossen, der alt genug ist, um das Sozialistengesetz mit erlebt zu haben! Die Rede wird aber noch interessanter durch das, was der „Vorwärts" aus den Ausführungen Severings seinen Lesern vorenthält, und was man erst in der „DAZ." nachlesen muß. — Danach erklärt Severing:

daß er von jeher den schematischen Achtstundentag bekämpft habe. Er erwarte von der wirtschaftlichen Einsicht des deutschen Arbeiters, daß er sich dem zwingenden Gebot der Stunde nicht verschließe.

Die „DAZ." fügt dazu die Glosse:

„Es wäre sehr wünschenswert, wenn Severing seine Einsicht auch in Arbeiterversammlungen und in der sozialistischen Presse propagieren würde. Bisher haben wir noch nichts davon gemerkt."

Stimmt! Denn um nicht das Stimmvieh im Proletariat gänzlich zu verlieren, muß man schon „tun, als ob man so täte" und da immer mal wieder eine Grammophonplatte auflegen, die noch einige oppositionelle Töne von sich gibt. Darum gibt der „Vorwärts" die Rede dieses so bedeutenden Genossen nur im Auszug. Und im Organ des ADGB. leitartikelt man sogar gegen das Arbeitsdienstjahr, oder besser nur gegen einen Plan, der nach Meinung des Leitartiklers deutlich seine militaristische Herkunft verrät und meint dazu: **„Dies Projekt bezweckt mit der Schaffung einer Wirtschaftsarmee nichts anderes als den Grundstein zu einer neuen Militärdienstpflicht zu legen, mit allem Drum und Dran, was die abgeschaffte Militärpflicht in erzieherischer und machtpolitischer Hinsicht bedeutete.** Abgesehen davon, daß das Reich kein Geld zu solchen Massenexperimenten übrig hat, würde die Verwirklichung dieses Gedankens den Kreisen einen gefährlichen Machtzuwachs verleihen, die die schlimmsten Gegner der organisierten Arbeiterschaft und zugleich die ärgsten Feinde der Republik sind. **Deshalb kann von einer Förderung dieser Bestrebungen seitens der Gewerkschaften natürlich keine Rede sein!"**

Aber, wohlgemerkt, die Polemik richtet sich nur gegen d i e s Projekt. Denn sonst — es ist eben der Fluch der bösen Tat — daß jede Einstellung, die den kapitalistischen Staat bejaht, auch letzten Endes zu allen seinen Konsequenzen ja sagen muß, und Volksgemeinschaft Arbeitsdienstpflicht und Militarismus sind Blätter an demselben Zweig. So werden die Gewerkschaften, wenn nicht zu diesem, so doch zum nächsten Projekt auch ja sagen müssen. Die eine „Großtat" zieht die andere nach sich. Die Entwicklung der Sozialdemokratie als eine proletarischen Partei ist beendet. Und ihre Entwicklung als Partei des Kleinbürgertums, das niemals revolutionär, nur oppositionell eingestellt ist, kann erst bei der Schranke halt machen, die den Liberalen und Demokraten vom Konservativen trennt. Bis dahin hat sie noch ein Stück Weges, und nur die wirtschaftliche Entwicklung, die den Kleinbürger ausrottet, kann auch diese Partei von der Tafel der Geschichte streichen.

Kulturbilder

In seiner Nr. 89 vom 22. Februar bringt der „Vorwärts" folgende Zusammenstellung von Säuglingen, die man wegwirft:

„Drei Knaben wurden in der letzten Zeit in Groß-Berlin ausgesetzt, noch lebend aufgefunden und in Pflege gegeben. Auf dem Treppenflur des Hauses Siegfriedstr. 10—11 lag ein Knäblein, das kaum acht Tage alt war, eingewickelt in weiße Windeln und ein weißes Hemdchen. Ein ähnlicher Fall ereignete sich in der Residenzstr. 133 in Reinickendorf und in der Mühlenstr. 34a. Die Mütter, die bisher nicht ermittelt werden konnten, haben sich ihrer Kinder durch Aussetzen wahrscheinlich entledigt, weil sie nicht mehr imstande waren, sie zu ernähren. Andere haben die Leichen der Neugeborenen beseitigt, vermutlich, weil sie die Beerdigungskosten nicht bezahlen konnten. Denn die aufgefundenen Leichen zeigten keine Verletzungen, die auf einen gewaltsamen Tod schließen ließen. So fand man auf dem Wriezener Bahnhof zwischen den Schienen die Leiche eines neugeborenen Kindes, die in Packpapier eingewickelt war und nur kurze Zeit noch gelebt hat. Auf dem Bahnhof Alexanderplatz wurden Beamte durch einen üblen Geruch auf einen weißen Karton aufmerksam, der über vier Wochen auf der Hinterlegungsstelle lag, und fanden darin die schon stark verweste Leiche eines neugeborenen Kindes. An der Freiarchenbrücke im Tiergarten landete ein Polizeiwachtmeister aus dem Landwehrkanal die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die ganz nackt im Wasser trieb, in dem sie etwa 6 bis 9 Tage gelegen haben mag. In der Nähe des Lehrter Bahnhofs wurde die Leiche eines neugeborenen Mädchens in der Spree gefunden. Auf dem Flur eines Hauses in der Kaiserstraße fand man in einem Korbe eine stark verweste Kindesleiche in grauem Packpapier und Sackleinen, in der Nähe des Rosenhafnes im Tiergarten in einem neuen Pappkarton die Leiche eines neugeborenen Mädchens in weißem Hemdchen, Jäckchen, weißen Windeln und grauem Packpapier. Auch in allen diesen Fällen blieben die Ermittlungen nach der Mutter bisher erfolglos."

Während in der deutschen Republik Millionen einem langsamen, aber desto sicherem Hungertode entgegengehen, während in jeder Proletarierfamilie dem sogenannten freudigen Ereignis mit wahrem Schreck entgegengesehen werden muß und wird, und während, wie obige Zusammenstellung zeigt, verzweifelte Frauen oder Mädchen sich ihrer Frucht entledigen, da sie nicht genug Nahrung für den eigenen Leib haben, geschweige denn noch für einen Sprößling, hat die deutsche Bourgeoisie ganz andere Kopfschmerzen. Wir zeigten schon in Nr. 8 des „Proletarier" anläßlich des Presseballs unter der Ueberschrift „Moderne Gesellschaftskultur" die Tätigkeit und Zerstreuung der „Edlen" der Nation auf. Ab und zu spricht man ja auch vom lieben Volk, wir müssen uns nur einig sein um wieder groß, stark und mächtig zu werden usw. Da wir das augenblicklich nicht sind und nicht sein können, da man dem Raubtier seine Zähne ausgebrochen hat, markiert man ehrlichen Friedenswillen und ist der verträglichste und harmloseste Mensch der Erde, der immer nur von den anderen falsch verstanden wird. Bis der deutsche Revanchegeist wieder in die Arena treten kann opfert man auf seine Art etwas von den vermögenden Börsen, was übrigens einen ernsten und notwendigen Zweck erfüllen soll.

Da nun der „urdeutsche" Wein unserer Bourgeoisie anscheinend zu sauer ist, läßt man seine Agenten den bösen „gallischen" Wein in solchen Mengen aufkaufen, daß die französische Bourgeoisie direkt erstaunt ist ob der Trinkfreudigkeit ihres deutschen Klassengenossen.

Folgende Meldung aus dem „Lokal-Anzeiger", von dem Wilhelm der Schreckliche als Letzter seines Stammes sagte, wer dies Ding zwei Jahre hintereinander liest, ist reif für Dalldorf, was dem deutschen Michel übrigens viel erklären mag, bestätigt die Notlage des „gesamten" deutschen Volkes:

Paris, 18. Februar. „Seit einiger Zeit gingen durch die gesamte französische Presse allerlei chauvinistische Artikel und Nachrichten über angebliche deutsche Weinkäufe in Süd-Frankreich. Selbst die Handelskammer von Bordeaux hatte geglaubt, hiergegen Stellung nehmen zu müssen. Demgegenüber stellt heute das „Journal des Debats" in einer Zuschrift aus Bordeaux fest, daß alle diese Gerüchte stark entstellt wären. Die deutschen Käufe bedeuteten im Gegenteil einen großen Vorteil für den südfranzösischen Weinmarkt, der schon längere Zeit hindurch unter fast gänzlichem Exportmangel gelitten hatte. Jede deutsche Spekulation auf die Frankenbaisse sei ausgeschlossen, da die französischen Firmen sehr starke Banksicherheiten verlangten."

Wir glaubten diese Gegenüberstellung machen zu müssen. Doch selbstverständlich erscheint es uns bei näherer Betrachtung. Daß doch anläßlich der anwesenden, stinkenden Kindesleichen, die man schließlich doch auch mal trotz künstlicher Abriegelung zu Gesicht bekommt, ein guter Schluck die in Unordnung geratene „harmonische" Seele des Bürgers wieder beruhigt. Da ist natürlich ein Auffüllen der Bestände weise Voraussicht.

„Genosse" Ebert nebst mehreren „Prominenten" war natürlich auch auf dem Presseball und da ist wohl die Annahme berechtigt, daß die französischen Weinkäufe mit dazu benutzt werden, um bei den nächsten Wahlen auf den Sieg oder die Niederlage einen hinter die Binde zu gießen oder vielleicht auch auf das Wohl der „Säuglinge" zu trinken.

Der „Vorwärts" wird dann wahrscheinlich berichten, der Reichspräsident und „Genosse" Ebert hat zum Wohle von Mutter und Kind auf der und der Tagung eine Rede gehalten, die vom tiefen Ernst usw. Zeugnis ablegte.

Währenddessen irren verzweifelte Frauen und Mädchen mit ihrem Nachwuchs in den Großstädten umher und es soll sogar Menschen geben in Deutschland, die sagen, daß diese moderne Kultur als Ausdruck einer Gesellschaftsordnung so rasch wie möglich und so gründlich wie möglich beseitigt werden muß und dafür der Aufbau einer höheren Gesellschaftsordnung durchgeführt werden muß.

In dieser neuen Ordnung, im Kommunismus werden Kindesaussetzungen nur noch wie Märchen aus einer längst verschwundenen Zeit Erwähnung finden.

Dieses „deutsche" Volk, was ohne viel Aufheben davon zu machen, zu Tausenden ruhig dahinstirbt, wird wohl für manchen Geschichtsschreiber ein Rätsel bedeuten.

4. Jahrgang 1923

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Tadellos gebunden

Preis 14.— Mark. Zu beziehen durch die Berliner Organisation der KAPD. — Verkauf nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages an Parteigenossen. Bestellungen nach dem 8. März können nicht ausgeführt werden.

Kasperletheater in Thüringen

In Thüringen hat das Proletariat bekanntlich unter dem besonderen Terror der Reichswehr zu leiden gehabt, ebenso in Sachsen. Trotz des Belagerungszustandes, der ein ganz, ganz klein wenig gelockert wurde, damit man doch die demokratische Illusion von der Gleichberechtigung „aller Deutschen" nicht ganz vernichtete, haben sich die Massen der Wähler mit einem wahren Heißhunger auf die demokratische Wahlschüssel gestürzt und da das „Links"wählen mit den Arbeiterregierungen nichts eingebracht hat, hat man zur Abwechselung mal „rechts" gewählt. Ordnungsblock war Trumpf.

Derselbe ist nun in Kraft getreten und schon gleich beim ersten Moment brach er entzwei, weil eben die kleinen Schächer der Demokratie für die Bourgeoisie nichts mehr sind und man sich nur in brenstigen Situationen der Leute bedient.

In Thüringen stehen jetzt sogar die Demokraten in Opposition. Für die „Kommunisten", die wieder mal die Verfassung der Republik gewahrt wissen wollten und vielleicht auch an eine „Gerechtigkeit" im Klassenstaat glauben, war dies ein Großkampftag oder ein heftiges Vorpostengefecht, was noch auf allerhand Sieg schließen läßt. Lärmen und krakehlen, vielleicht solange, bis man Hunger oder Durst verspürt, und dann glaubt man im Sinne des Kommunismus gewirkt zu haben.

Wenn das deutsche und nicht zuletzt das thüringische Proletariat nicht bald seine Scharte auswetzt und sich auf seine eigenen, ureigensten Interessen als proletarische Klasse besinnt und diesen parlamentarischen Budenzauber eben als Kasperletheater betrachtet, und zum Sturz des Systems mit all seinem Klimbamborium übergeht, dann wird die Bourgeoisie noch recht oft die Einladung ans viel geprüfte Volk ergehen lassen und rufen: „Bürger, auf zur Wahl! — Wählt uns! Hinz oder Kunz! Aber wählt!" Und darin liegt das Gewicht.

Wer wählt, erkennt diese Gesellschaftsordnung an und fügt sich auch in seinen Kämpfen im entscheidenden Augenblick immer einer von den Organisationen, die auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung stehen, deren Triebfeder der Profit ist und die sich in der formalen „vollendeten Demokratie" die modernste Herrschaftsform gegeben haben. Wie sagt doch Marx: **„Der römische Sklave war durch Ketten, der Lohnarbeiter ist durch unsichtbare Fäden an seinen Eigentümer gebunden. Nur ist dieser Eigentümer nicht der Einzelkapitalist, sondern die Kapitalistenklasse."**

Zu diesen Fäden, die das Proletariat mit seinem Todfeind verbinden, gehört das parlamentarische Betrugssystem. Wenn früher die „völkerbefreiende" Sozialdemokratie nicht laut genug brüllen konnte „Nur die allergrößten Kälber, wählen ihre Metzger selber", so stimmte das; denn mehr Metzger konnten dem Proletariat wirklich nicht erstehen aus der Bourgeoisie, als wie aus seinen Reihen hervorgegangen sind und die sich immer wieder mit einer geradezu widerlichen Ausdauer an euch wenden und dies auch dürfen, weil i h r Proletarier diese feinen Betrugsmanöver mit der Opposition und der doppelt radikalen Opposition noch nicht erkennen wollt.

Die „friedliche Abrüstung"

Trotzdem alle Welt brüllt, daß die Abrüstung jetzt endlich durchgeführt werden soll und in Deutschland „sozialistische Pfaffen" Vorträge über alles mögliche abhalten, geht die Vorbereitung für die Eroberung resp. Sicherung neuer Absatzmärkte munter ihren Lauf. Folgende Zusammenstellung zeigt, daß jede kapitalistische Staatengruppe, oder wie es die KPD. auf Geheiß Rußlands so schön nannte, jede Nation von der anderen Abrüstung verlangt, selbst aber ihr eigenes Programm durchführt. Die eine Nation hüllt sich in den Mantel der christlichen Nächstenliebe und sagt, wir tuns ja nur für unsere armen Erwerbslosen, während die andere sagt, es ist notwendig für unsere Geschäftsbedingungen.

Das revolutionäre Proletariat weiß, daß Abrüstung und Völkerversöhnung ein Unsinn in dieser Gesellschaftsordnung sind, und die einzelnen „Nationen" eben nur solange auf den Waffenkampf verzichten, solange die Profitmöglichkeiten nicht zu sehr gehemmt sind.

Folgende Aufstellung, die ganz sicher noch lückenhaft ist, gibt ein ergötzliches Bild für alle kraftlosen Klassen- und Volksversöhner christlich-sozialdemokratischer Färbung; denn in der „Völkerbefreienden" tummeln sich schon lange in schönster Harmonie Noske, unseligen Angedenkens mit dem äußerst christlichen Pfarrer „Genossen" Bleier.

„Der englische U-Kreuzer „X 1", jetzt in der Fertigstellung, 3500 To. groß, soll eine Oberflächengeschwindigkeit von 33 Seemeilen haben. Er kostet 890 000 Lstr. Seine artilleristische Armierung besteht aus sechs 15-cm-Geschützen. Wie die Deplacements wachsen, ergibt sich daraus, daß das erste 1901 gebaute englische Unterseeboot nur 120 To. Deplacement und neun Seemeilen Geschwindigkeit hatte. Das Mammut-Unterseeboot „X 1" wird fortgezeugt in England und in anderen Ländern neue Unterseekreuzer dieser Art und Größe gebären. Das Wettrüsten mit Linienschiffen ist in Washington beendigt, aber das Wettrüsten mit Unterseekreuzern und anderen Schiffen hat begonnen. England baut 17 neue 10 000 To.-Kreuzer. Frankreich will, wie hier bereits gemeldet, die Durchführung seines Flottenbauprogramms (6 Kreuzer zu 10 000 To., 15 Zerstörer, 24 Torpedoboote, 2 U.-Kreuzer, 30 U-Boote, 7 U.-Boots-Minenleger; Jahreskosten 450 Millionen Franken) beschleunigen. In seinem Jahresbericht vom 15. 12. 1923 tritt der amerikanische Staatssekretär Denby energisch für den Ausbau und die Modernisierung der amerikanischen Flotte ein. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Schlachtschiffe werden 30 Millionen Dollar gefordert. Insbesondere wird wiederum auf die schon einmal auf englisches Ersuchen fallengelassene Erhöhung der Geschützreichweiten zurückgekommen. Der Neubau von 8 10 000-To.-Kreuzern, 3 U-Kreuzern und 6 Kanonenbooten wird vorgeschlagen. Für Flottenstützpunkte sind 7,7 Millionen Dollar vorgesehen. Eine großzügige Erweiterung des Marineluftdienstes soll durch ein Fünfjahresprogramm gesichert werden.

Nur Japan, die dritte der wirklichen Seemächte, muß sich auf Grund des Erdbebens, dessen Wirkungen für die Marine sich auf viele Millionen Yen belaufen — besonders schwer wird die Zerstörung der marinetechnischen Versuchsanstalt mit ihren wertvollen Apparaten empfunden —, wohl oder übel kleine Beschränkungen auferlegen. Sein Haushalt für 1924 sieht 40 Mill. Yen weniger vor als derjenige für 1923 (238 Millionen Yen gegen 278 Millionen Yen). Doch ist man aber auch in Japan nicht müßig, und man hofft z. B., den vollen Betrieb in dem zerstörten Kriegshafen Yokusaka schon im April 1924 wieder aufnehmen zu können.

Der Marineetat der werdenden und die Mittelmeervorherrschaft erstrebenden Seemacht Italiens schließt für 1923-24 mit einem Mehrbetrag von 159 Millionen Lire ab."

Die Proletarier nun, die in vollständiger Verkennung ihrer geschichtlichen Aufgabe den blöden Phrasen des Pazifismus nachjagen, werden eines Tages mal wieder von der Geschichte hart zurückgestoßen werden. Wohl mag das Wort, n u r mit geistigen Waffen kämpfen zu wollen, in jedem Jungfrauenverein sich sehr schön anhören, doch das Proletariat tut gut, sich geistig und organisatorisch von all den Heuchlern zu befreien und sich in seinem Klassenkrieg von dem Gedanken leiten lassen: „Der Hieb ist die beste Parade!"

Ausland

England

Der Dockarbeiterstreik kann wohl als beendet angesehen werden. Er hat mit einem Kompromiß seinen Abschluß gefunden. Doch kaum ist dieses ungelernte Arbeiterpack wieder ins Joch gespannt, da trübt schon wieder eine andere Gruppe den an und für sich nicht sehr heiteren Regierungshimmel der Labour-Party, der englischen Arbeiterregierung. Diesmal sind es die Bergarbeiter. Doch läuft das Abkommen erst am 17. April ab und bis dahin kann noch viel Wasser die Themse runterfließen und noch manches Abkommen getroffen werden. Auch könnte das internationale und vor allem das deutsche Proletariat bis dahin vieles, vieles gut machen, was es bis jetzt in sträflicher Gedankenlosigkeit versäumt hat.

Japan

Die wiederholten Erdbebenkatastrophen kosteten Japan annähernd 250 000 Tote, 600 000 Verwundete und dazu kommen noch 2 Millionen Erwerbslose, die ohne alle Hilfsmittel, teilweise ohne Obdach und Ernährung dastehen. In dem Arbeiterdistrikt Honjo wurden allein 36 000 Arbeiter in einer Heereswerkstatt durch das Erdbeben überrascht und sind lebendig verbrannt. — Tokio, die Hauptstadt, weist allein 316 000 zerstörte Häuser auf und infolgedessen sind 1 346 000 Menschen ohne Obdach. Die Hafenstadt Yokohama mit 423 000 Einwohnern verlor durch Erdbeben 110 000 Personen, also etwa ein Viertel der Bevölkerung. Außer den starken Schäden an Gebäuden und sonstigem Mobiliar sind auch große Lagerhäuser mit Lebensmittelvorräten und sogar 200 000 To. Petroleum ein Raub der Flammen geworden. In Tokio wurden 3552 Fabriken und Werkstätten, die ungefähr 192 000 Arbeiter beschäftigten, zerstört, und in Yokohama erlitten 706 Fabriken mit 30 000 Arbeitern dasselbe Schicksal. Gewaltige Verwüstungen wurden bei den Straßenbahnen, Telephonzentralen und Banken angerichtet, ebenso haben die kaiserlichen Werften von Tokio und Yokohama ungeheure Verluste erlitten. Die japanische Wirtschaft hat im ersten Vierteljahr für 350 000 Millionen Yen (1 Yen gleich 4,20 G.-M. Waren einführen müssen und ist dadurch an den Rand des Abgrunds geraten.

Trotz alledem will die japanische Regierung und Unternehmerklasse diese Erdbebenkatastrophe dazu benutzen, während dieser wirtschaftlichen Krise das zum Klassenbewußtsein erwachte japanische Proletariat niederzuschlagen.

Die organisierte japanische Arbeiterbewegung ist nur schwach; die Mitgliederzahl des Arbeiterverbandes betrug nur 300 000. Aber die Arbeitermassen fühlen durchaus revolutionär und verstehen es, dies gelegentlich zu zeigen. Ungenügende Löhne und lange Arbeitszeit — in der Textilindustrie arbeiten jugendliche Arbeiter 12, 15 ja bis 18 Stunden täglich — treiben die Arbeiter zur Empörung. Die Regierung verfolgt die Gewerkschaften und versucht sie zu unterdrücken, wozu ihr das Erdbeben erneut einen guten Vorwand gab. Der schärfste Belagerungszustand wurde sofort am 1. September 1923 verhängt, und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft wurden ergriffen, z. B. das Verbot ihrer Presse. Das Militär hauste nach den Methoden eines Noske und Primo de Riveras unter den extremen Arbeiterführern und Sozialisten, von denen viele ermordet, auf der Flucht erschossen und ins Gefängnis gesteckt wurden. Die Angehörigen leiden jetzt die bitterste Not.

Mitteilung

Achtung! Referenten!

Die nächste Zusammenkunft findet am Sonnabend, den 1. März, p ü n k t l i c h abends 7 Uhr statt. Das Lokal wird durch die Bezirksführer bekanntgegeben. Alle Genossen müssen pünktlich und vollzählig erscheinen.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD. Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 17, Jahrgang 5 | März 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Militärdiktatur in Zivil!

Für Seeckt-Jarres — Neues Ermächtigungsgesetz

Die Verordnung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert über die „Aufhebung" des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen ist unter dem Datum des 28. Februar veröffentlicht und lautet:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich:

§ 1. Die Verordnungen vom 26. September 1923 („Reichsgesetzblatt" Teil I Seite 905), 8. November 1923 („Reichsgesetzblatt" Teil I Seite 1084) und 23. Dezember 1923 („Reichsgesetzblatt" 1924 Teil I Seite 8) werden mit Wirkungen vom 1. März 1924 ab aufgehoben.

Außer Kraft mit diesem Zeitpunkt treten insbesondere die auf Grund dieser Verordnungen im Einzelfalle verfügten Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit und des Vereinsrechts. In Kraft bleiben bis auf weiteres lediglich diejenigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bestätigt sind; auch diese Beschränkungen treten mit dem 15. März 1924 außer Kraft, soweit sie nicht von dem Reichsminister des Innern vorher aufgehoben oder auf Grund des § 2 dieser Verordnung erneuert werden.

§ 2. Zur Abwehr von Bestrebungen auf gesetzwidrige Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform kann der Reichsminister des Innern oder die von ihm bestimmten Stellen der Zivilverwaltung die notwendigen Maßnahmen treffen. Zu diesem Zwecke sind insbesondere Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden insoweit vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Alle Zivilverwaltungsbehörden des Reichs, der Länder und der Kommunen haben den auf Grund des Abs. 1 ergehenden Ersuchen des Reichsministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

Auf Verbote periodischer Druckschriften, auf Verbote und Auflösungen von Vereinen und Vereinigungen findet der § 5a, auf Bestimmungen der persönlichen Freiheit der § 5b der Verordnung vom 26. September 1923 („Reichsgesetzblatt" Teil I Seite 905) und 23. Dezember 1923 („Reichsgesetzblatt" 1924 Teil I Seite 8) Anwendung.

§ 3. Oeffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen sind verboten.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können Ausnahmen zulassen.

§ 4. Wer den auf Grund dieser Verordnung ergangenen Anordnungen des Reichsministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stellen zuwiderhandelt, wird, sofern nicht nach anderen Strafvorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. **Der Reichsminister des Innern kann bestimmte Teile des Reichsgebiets von der Anwendung der §§ 2 bis 4 der Verordnung ausnehmen.**

Berlin, den 28. Februar 1924.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.
Der Reichskanzler: gez. Marx.
Der Reichsminister des Innern: gez. Jarres.
Der Reichswehrminister: gez. Geßler.

Das Wunder ist geschehen. Der reißende Wolf hat sich in ein frommes Schaf verwandelt. An Stelle der Pickelhaube ist die Angströhre getreten. Die untere Gliederung ist dieselbe geblieben, nur oben hat man, zur Beruhigung des Bürgers, die Umwechselung vorgenommen. Seeckt einen Schritt zurück, damit Jarres stehen kann. Alles bleibt auf der Bühne, muß auf der Bühne bleiben; denn daß der große Lümmel Volk sich mit allem ihm zugedachten vollständig ruhig abfinden wird, bezweifelt man stark.

Doch die Umwandlung ist geschehen. Der Wolf hüllt sich in ein Schafsfell. Die größten „Vorteile" erhalten dadurch die Faschisten in reinster Tönung, die Völkischen und die Parlamentskommunisten; denn nichts weiter als die Aufhebung des Verbots der beiden Organisationen steht bevor. Daß viele der parlamentarischen Berufsrevolutionäre, die nie einen Unfall erleiden wollen und auch sehr, sehr selten einen erleiden, nicht allzu erbaut von dieser Lösung sind, ist wohl zu verstehen. Eine bessere Wahlpropaganda gibt es für diese Schlappermäuler nicht, nämlich, ab und zu als Vertreter einer verbotenen Organisation zu den Massen in einer polizeilich erlaubten öffentlichen Wählerversammlung zu sprechen und an Hand von Beispielen zu erklären, wie man als „Kommunist" den „Klassenkampf" im Parlament geführt hat.

Alle Rechte und diktatorische Macht hat sich nun auf den Innenminister Jarres übertragen. Dort, wo er glaubt, daß es ohne Verbot von Zeitungen, ohne Briefüberwachung, ohne Haussuchungen und Beschlagnahmen nebst Verhaftungen geht, wird er es tun, doch da, wo sich die Arbeiter in Erkenntnis ihrer Klassenlage versuchen aufzubäumen, wird die verschärfte Militärdiktatur einsetzen. Nur mit dem einen Unterschied, daß an Stele der Pickelhaube der Zylinder die Verfügung erläßt.

Das Proletariat wird gewiß keinen Unterschied finden in der Unterzeichnung von Todesurteilen, ob dies von Wilhelm dem säbelrasselnden Hohenzoller oder von dem sanften an Menschen- und Nächstenliebe appellierenden Sozialdemokraten Ebert geschehen ist. Auch darin besteht kein Unterschied, ob die Revolutionäre von sadistischen weißen Offizieren niedergeknallt oder zu Tode gepeitscht werden, oder ob sich in den Standgerichten Gewerkschaftsangestellte neben den weißen Offizier setzen und Todesurteile eventuell Hunderte von Jahren Zuchthaus verhängen. Das Letztere wirkt nur noch widerlicher durch die gemeine Heuchelei.

So auch bei dieser „Aufhebung des Belagerungszustandes". Bald wird das Proletariat erfahren und hören, daß das Blöken des Schafes in Wirklichkeit der Schrei des Wolfes ist. Daß dieser, wenn man ihm seinen Fraß streitig machen will, d. h., wenn das Proletariat an diesem Profitsystem ernsthaft rüttelt, mit allen seinen ihm zur Verfügung stehenden und in der Natur begründeten Hilfs- und Machtmitteln über die Gegner — Klassengegner — herfallen wird und vor der Ausrottung eines großen Teils nicht zurückschreckt, ist selbstverständlich. Wieweit die Bourgeoisie schon mit dem Gedanken sich vertraut gemacht hat, daß eben so viel Millionen überflüssig sind, beweisen beinahe täglich die Auslassungen von Agrariern.

Während das staatlich angestellte Klageweib der deutschen Republik, der Kanzler Marx, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit heult und barmt und jammert über die Folgen einer neuen Inflation und immer wieder in herzerweichenden Tönen vor der Märchenstimmung warnt, sprechen die Junker brutal aus, was ist.

Im Marionettentheater am Königplatz im krepierenden Reichstag gibt man sich die ordentlichste Mühe von der Rednertribüne, um dem Volk allerlei Wichtiges vorzugaukeln über Verständigung mit Frankreich, über die Erhaltung der deutschen Republik usw.. Doch sogar die Puppen auf den Sitzen, die sonst durch wilde Bewegungen bei solchen Situationen ihre Lebendigkeit beweisen wollten, verhalten sich ziemlich gleichgültig. Vielleicht geht ihnen ein Talglicht auf und sie ahnen dumpf, so von ungefähr, daß sie eigentlich die überflüssigsten Fresser von der ganzen Welt sind.

Hinter den Kulissen allerdings wird versucht, noch rasch eine Neuauflage des Ermächtigungsgesetzes zu erhalten. Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigt sich mit der Etataufstellung für 1924. Dabei fordert Dr. Quaatz (D. Vp.) den **Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Die Kosten seien bei der Finanzlage des Reiches nicht mehr aufzubringen. Bei weiterem Niedergang der Wirtschaft sei eben der Hungertod von Millionen Menschen nicht zu vermeiden. Selbst, wenn der Belagerungszustand 150 Millionen Goldmark kostet, sei das gut angelegt. Auf diesem Gebiet dürfe nicht gespart werden. Bei dem vorläufigen Etatgesetz für 1924 handle es sich um ein neues Ermächtigungsgesetz, das sich nur auf die eigentliche Verwaltung bezieht, während die Reichsbetriebe ihr Ermächtigungsgesetz bereits bekommen haben.**

Also, was wollt Ihr noch mehr, Proletarier?!

Ihr habt zum Reichstag gewählt, möglichst republikanisch-demokratisch-sozialdemokratisch und noch verschiedene Farbenmischungen, alles zusammen Demokratie genannt. Im vergangenen Herbst, im Nullentaumel gebar die Demokratie die Diktatur durch die Ermächtigungsgesetze und daran sind a l l e parlamentarischen Parteien beteiligt. Nun sollt ihr bald wieder für die „demokratische Republik" zur Urne als Stimmvieh geführt werden. Und wenn ihr dann gesprochen habt, d. h., wenn ihr bestätigt habt, daß ihr keine eigene Meinung und keinen eigenen ernsten Klassenwillen habt, indem ihr euch noch ans Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie durch „eure" Vertreter ketten läßt, dann, ja dann kann und wird das Sterben von Millionen eben unvermeidlich sein. Dieweil Stresemann große Tiraden über des deutschen Reiches Einheit schwingt, ist Bayern nebst dem Ruhrgebiet eine besondere „Einheit". Je mehr man über die „Einheit" redet, desto mehr geht sie in die Brüche. Immer selbstständiger schälen sich die einzelnen Gebiete heraus und je nach der inneren Struktur äußert sich auch die Reaktion. Bayern ein lebendiges Beispiel dafür.

Aus der großen Kolonie Deutschland werden sich mehrere kleine herausschälen. Wie die Sklavenhalter dieser Kolonien auch heißen mögen, alle werden kalt und mitleidslos ihre Peitsche auf das Proletariat herabsausen lassen, vor allem auf die, welche nicht, ohne viel Aufsehen davon zu machen, stillschweigend verrecken wollen.

Proletarier, und dies alles im Namen der Demokratie.

Im Namen der Demokratie und des Völkerbundes wird auch so wahnsinnig gerüstet, daß, wenn das Proletariat die Dinge an sich herankommen läßt und weiter auf seine Seelenverkäufer, seine sogenannten Sozialisten und Kommunisten von Beruf hört, und in sträflicher Gedankenlosigkeit zur Wahlurne stolpert, dann die gewaltsame Austragung der kapitalistischen Gegensätze, geboren aus dem Profitinteressen, zum vollständigen Untergang der Zivilisation führt, d. h. **Ausrottung und Vertilgung des Proletariats.**

Dieses wird jedoch nur möglich sein, wenn das deutsche Proletariat sich nicht von seinen alten überlieferten Organisationsformen befreien kann. Wenn es nicht erkennt, daß der Parlamentarismus, früher eine Waffe für das Proletariat, jetzt eine Waffe gegen die Arbeiterklasse geworden ist. Der 4. August 1914 sollte doch wohl den geschichtlichen Beweis erbracht haben. Auch haben alle geschichtlichen Augenblicke, die nachher noch zu verzeicnen waren, diesen Generalzusammenbruch des bürgerlichen Parlamentarismus nur bestätigt, mögen die betrefenden „Führer" sich auch Kommunisten genannt haben.

Für die Gewerkschaften trifft dasselbe zu. Auf Grund ihres Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, d. h. den Versuch zur Linderung der Ausbeutung zu übernehmen, sind sie auf Gedeih und Verderb mit diesem Profitsystem verbunden und haben dies auch tausendfach bewiesen. Die einzige mögliche Rettung vor dem drohenden Untergang ist:

Zertrümmerung der politischen, parlamentarischen Parteien — bewußte Sabotage aller Parlamentswahlen, Zusammenschluß in den Betrieben als Klasse zur Eroberung der Produktion und damit gleichlaufend Zusammenschluß in einer politischen antiparlamentarischen Partei zur Eroberung der politischen Macht.

Immer lauter und eindringlicher ruft die Geschichte:
Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!
Alle Macht den Räten!

Der rheinische Separatismus

L'hafen, Anfang März 1924.

Die im Ruhrkriege auf beiden Seiten aufgerichtete nationalistische Front, der Zusammenbruch des „passiven Widerstandes" und die damit zusammenhängende Finanzkatastrophe der demokratischen Republik, die darauf einsetzenden Verhandlungen der deutschen Regierung mit Frankreich, die Sonderverhandlungen der deutschen Industriellen, und die den Verhandlungen folgenden Verträge mit ihren starken Belastungen, die mit diesen Verträgen notwendige gewordene Mehrarbeit und der Abwehrversuch der deutschen, vor allen Dingen der Arbeiter der besetzten Gebiete: Dies alles ist geeignet die wahre Bedeutung, die Wurzel der sogenannten „separatistischen" Bewegung zu verschleiern, und diese Tatsache wird von allen „vaterländischen" Parteien weidlich ausgenützt, um den Arbeitern (hauptsächlich des unbesetzten Gebietes) Sand in den Augen zu streuen, um sie zu verwirren. Eine Zeichnung des wahren Gesichtes dieses „Separatismus" dürfte daher am Platze sein.

Wie der Krieg 1914—1918 die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt nicht nur nicht mildern, sondern dieselben erst recht auf die Spitze treiben mußte, so war dies auch bei dem sogenannten Ruhrkrieg der Fall. Das Loch im französischen Staatshaushalt konnte nicht ausgefüllt werden, die militärische Aktion Frankreichs deckt kaum ihre Unkosten. Der Zusammenbruch des „passiven Widerstandes" konnte trotz des militärischen Sieges von seiten Frankreichs diese für Frankreich notwendigen Möglichkeiten nicht schaffen. Das Fallen des französischen Franken, der heute zwanzig deutsche Rentenpfennige kostet, beweist, rein äußerlich schon, das Fiasko dieses „Sieges". Es erwies sich, daß die Waffe des „siegreichen Militarismus" sich wirtschaftlich gegen Frankreich selbst kehrte. Der Weg, den die französische Kammer beschritt: neue Steuern, Ermächtigungsgesetz usw. riechen ganz verdächtig nach den „Sparmaßnahmen" der deutschen Ebertrepublik, und zeichnen zur Genüge die abschüssige Bahn. Eine beharrliche Fortsetzung dieses beschrittenen Weges mußte angesichts der Tatsache, daß man der in den Staatshaushalt Frankreichs eingesetzten „melkenden Kuh"